



Zivildienst in Russland - ein Randphänomen?

Impressum

Der Zivildienst in Russland - ein Randphänomen?

Berlin, 2015

Auflage 100 Stk

Herausgeber

Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.

Schönfließer Str, 7

10439 Berlin

Autorinnen

Anna Seib, Anastasia Klein, Charlotte Meyer, Darja Eremenko,
Lilli Gumenscheimer, Olga Meleshkevich

Redaktion und Gestaltung

siehe Autorinnen

Druck

broschueren-kleinauflagen.de

Sponsor

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

Vorwort

Seit 1993 ist der Zivildienst in der russischen Verfassung verankert. Doch hat sich bisher nur eine kleine Zahl von jungen Männern entschieden, diesen Weg zu gehen. Viele wissen gar nicht, dass es in Russland eine Alternative zum Wehrdienst gibt und einige scheitern an den bürokratischen Hindernissen und Schikanen der Einberufungskommission. Diejenigen, die ihn dennoch beschreiten, zeigen, dass die bewusste Entscheidung gegen die Waffe, das Eintreten für die eigenen Rechte und zivilgesellschaftliches Engagement bei jungen Menschen in Russland vorhanden sind. Mit ihrer Wahl für einen Zivildienst wenden sie sich nicht nur vom Militärdienst ab, sondern wählen einen legalen, aber schwierigen Weg. Ob aus religiöser, moralischer oder politischer Überzeugung – die Motive für einen alternativen Dienst werden immer vielfältiger und geben Grund zur Hoffnung, dass der Zivildienst durch positive Entwicklungen in dessen Organisationsstruktur und die Anstrengungen der Menschen- und Bürgerrechtsgruppen keine Randerscheinung bleiben wird.

In dieser Broschüre vereinen wir die Stimmen von Zivildienstleistenden, Bürgerrechtlern und Experten, die von ihren Erfahrungen und ihrer Arbeit erzählen. Hintergrundberichte zur Geschichte des Zivildienstes, zu den Gründen für dessen Unpopularität, zur Lage des Zivildienstes im postsowjetischen Raum und zur Genderproblematik sollen darüber hinaus ein umfassendes Bild dieser besonderen Institution liefern. Die Verwirklichung war nur durch eine intensive Zusammenarbeit mit den russischen Organisationen und Interviewpartnern möglich, die einen authentischen Einblick in die Welt des Zivildienstes bieten konnten. Wir hoffen, mit unserer Broschüre einen spannenden Lagebericht erstellt zu haben, der ebenso Aufschluss über das gesellschaftliche Klima in Russland gibt.

Wir bedanken uns herzlich bei Sergej Krivenko von *Bürger.Recht.Arme*e, Alexander Peredruk von den *Soldatenmüttern von St.Petersburg*, Elena Popova und allen Zivildienstleistenden, die uns Rede und Antwort gestanden haben. Eure Offenheit, Hilfsbereitschaft und Euer Engagement haben diese Broschüre erst möglich gemacht.

Inhalt

- 6 Alles auf einen Blick**
Fakten zum Zivil- und Wehrdienst

- 14 130 Jahre Verweigerung**
Der lange Weg des Zivildienstes in Russland

- 16 „Im Großen und Ganzen ist alles nicht so schlecht.“**
Interview mit Sergej Krivenko von Bürger.Recht.Armee

- 20 Unpopulärer Dienst**
Über Falschinformationen und negative Stereotypen

- 22 Vom Recht und der Willkür**
Interview mit Zivildienstanwälter Alexander Gorbatschow



-
- 24 Ich habe den Zivildienst gewählt, weil...**
Zitate von Zivildienstleistenden
- 26 Die Soldatenmütter St. Petersburg**
Interview mit Pressesprecher Alexander Peredruk
- 30 Was ist ein richtiger Mann?**
Vom Mannwerden im Wehr- und Zivildienst
- 34 Eine Frau gegen das Militär**
Interview mit der Aktivistin Elena Popova
- 40 Der Zivildienst im postsowjetischen Vergleich**
Ein Überblick zum rechtlichen Rahmen
- 42 Perspektiven des Zivildienstes in Russland**
-



Alles auf einen Blick

Fakten zum Wehr- und Zivildienst

Das Recht auf Zivildienst ist in der russischen Verfassung verankert und wird seit Inkrafttreten des Gesetzes von 2004 praktiziert. Obwohl die Ausübung des Rechtes nach wie vor mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist, kann die heutige rechtliche Lage als großer Fortschritt gesehen werden, der an internationales Recht anknüpft, aber auch mit dem zivilgesellschaftlichen Auftrieb und der russischen Militärreform gesehen werden kann. Im Nachfolgenden werden alle wichtigen Aspekte zum institutionellen und gesellschaftspolitischen Kontext erläutert.

Zivildienst als internationales Menschenrecht

Nachdem sich die Russische Föderation als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion konstituiert hat, übernahm sie mit dem Beitritt in mehrere internationale Organisationen Verpflichtungen im Sinne des Grundrechtsschutzes. Neben dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifizierte sie im Jahr 1998 als Mitglied des Europarats die Europäische Menschenrechtskonvention. Im nationalen Rahmen fanden diese Rechtsnormen zunächst Anklang in der Menschenrechtserklärung von 1991 und wurden später in den Grundrechtsekatalog der russischen Verfassung von 1993 aufgenommen. Damit hatte auch das Recht, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, welches als Bestandteil des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit international anerkannt geworden war, Eingang in die russische Verfassung gefunden. In Anlehnung an die rechtlich bindenden Verpflichtungen heißt es in Artikel 59, Abschnitt 3: „Der Bürger der Russländischen Föderation hat das Recht, falls die Ableistung des Militärdienstes seinen Überzeugungen oder seinem

Glaubens widerspricht, und ebenso in anderen durch Bundesgesetz festgelegten Fällen, statt dessen einen zivilen Ersatzdienst zu leisten.“

Das Gesetz über den Zivildienst

Was die Umsetzung des Rechts auf den Zivildienst betrifft, so konnte das durch die Verfassung Garantierte erst mit einem föderalen Gesetz konkretisiert und realisiert werden. Eine Berufung auf das Verfassungsrecht von Seiten der Wehrdienstverweigerer hatte vor dem Inkrafttreten des ausführenden Gesetzes im Jahr 2004, trotz mehrerer Versuche und Rechtsstreitigkeiten, keinen Erfolg. Bis 1996 konnten Wehrdienstverweigerer durch das damals geltende Strafrecht repressiert und verfolgt werden. Mit dem neuen Strafgesetzbuch wurde diese Praxis aufgehoben und damit nur die Verweigerung von Wehr- und Zivildienst für strafbar erklärt, was auch bis heute seine Gültigkeit hat.

Das föderale Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“, das seit Inkrafttreten nur wenige Ergänzungen erfahren hat, führt im Einzelnen auf, von wem und unter welchen Bedingungen der Zivildienst abgeleistet werden kann, wer für die Organisation des Zivildienstes verantwortlich ist und welche Verfahren bei der Inanspruchnahme dieses Rechts beachtet werden müssen. Gleichzeitig lässt es den Entscheidungsträgern, die über die Zulassung zum Zivildienst ohne einen klar definierten Prüfungsmaßstab bestimmen können, einen Spielraum bei der Auslegung des Gesetzes. Dieser Freiraum führt in der Praxis dazu, dass vor allem Personen mit religiösen Ansichten leichter zu ihrem Recht kommen als Antragsteller mit weltlichen Überzeugungen. Ver-

mutlich auch deshalb, weil nicht ganz klar ist, ob die Darlegung der Motivation für einen Zivil- und gegen einen Militärdienst überhaupt einer Beweisführung bedarf. Denn während die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft durch Dokumente oder Zeugen relativ problemlos nachgewiesen werden kann, ist die verschieden geäußerte Lebenseinstellung formal schwerer zu überprüfen bzw. von Seiten der Antragsteller im Grunde nicht zu beweisen.

Wer leistet den alternativen Dienst?

Entgegen aller Desinformationen und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Rechts auf einen Alternativdienst, sind grundsätzlich alle wehrpflichtigen (männlichen) Bürger im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, die aus unterschiedlichen Überzeugungen gegen den Kriegsdienst, das Tragen von Uniformen, die Eidablegung und die Interaktion mit der Waffe sind, berechtigt, einen Ersatzdienst abzuleisten. Die widersprechenden Überzeugungen können religiöser, friedensstiftender, philosophischer, moralisch-ethischer oder politischer Natur sein. Außerdem besitzen Angehörige von zahlenmäßig kleinen, indigenen Völkern

das Recht auf den Zivildienst, sofern sie ein traditionelles Gewerbe betreiben und einen entsprechenden Lebensstil führen.

Anträge und Verfahren...

Für die Anerkennung des Rechts auf Zivildienst müssen die Anwärter einen Antrag mit Begründung der Verweigerung, einen Lebenslauf, eine Beurteilung der Arbeits- oder Ausbildungsstelle sowie fakultativ zusätzliche, aussagekräftige Dokumente beim örtlich zuständigen Militärkommissariat vorlegen. Die Unterlagen müssen mindestens ein halbes Jahr vor der anstehenden Einberufung eingereicht werden. Nach Eingang der Unterlagen wird dem Dienstpflichtigen ein Termin für eine Anhörung bei der Einberufungskommission genannt. Im Zuge dieser Befragung muss sich die Kommission durch Zuhilfenahme der Dokumente und in Anwesenheit des Antragstellers ein Urteil darüber bilden, inwiefern der Person und seinen widersprechenden Überzeugungen Glauben geschenkt wird. Im Falle einer negativen Entscheidung, die spätestens einen Monat nach Anhörung erfolgen muss, hat der Einberufene das Recht, das Urteil vor Gericht anzufechten und die Einberu-





fung bis zum Gerichtsbeschluss aufzuheben. Falls ein positives Urteil gefällt wurde, muss noch eine weitere Hürde genommen und die Musterung durchlaufen werden. Erst durch die Bescheinigung der medizinischen Tauglichkeit, kann dem Einberufenen eine Stelle für die Ableistung des Zivildienstes zugeteilt werden. Bei Untauglichkeit gelten für ihn die gleichen Rechte wie für jeden Wehrpflichtigen – je nach Fall wird er von der Dienstpflicht zurückgestellt oder vollständig befreit.

Organisation des Ersatzdienstes

Verantwortlich für die Organisation des Zivildienstes sind an erster Stelle die Regierung bzw. der Präsident. Dieser kann durch Erlasse oder andere normative Rechtsakte die geltende Gesetzgebung konkretisieren oder ergänzen sowie neue Gesetzesinitiativen einleiten. Für die praktische Ausgestaltung des Zivildienstes hat der Präsident seine Kompetenzen an die dafür zuständigen Behörden übertragen. Neben den örtlichen Militärkommissariaten, die für die Einberufung, Prüfung und Zulassung zum Zivildienst zuständig sind, ist hierfür auch das Arbeitsministerium verant-

wortlich. Dieses hat die Aufgabe eine Liste mit allen Organisationen und freien Stellen, die von Zivildienstleistenden besetzt werden können, aufzuführen und den einzelnen Antragstellern zuzuweisen. Bei der Zuteilung sollte nach Möglichkeit die Qualifikation der Dienstleistenden berücksichtigt werden. Aufgrund des Personalmangels in der Abteilung der betreffenden Arbeitsbehörde – momentan sind zwei Mitarbeiter eingestellt – ist diese Rücksicht nicht immer gewährleistet. Grundsätzlich ist die Palette an möglichen Tätigkeiten aber groß. Das Verzeichnis des Arbeitsministeriums zählt 130 Beschäftigungsarten und unzählige Organisationen mit einem hohen Personalbedarf in ganz Russland. Im Gegensatz zu den Anfängen des Zivildienstes handelt es sich heute ausschließlich um zivile Organisationen und nicht mehr um zivile Tätigkeiten in militärischen oder dem Militär nahestehenden Einrichtungen. Zu diesen gehören insbesondere Sozial- und Pflegeeinrichtungen, kulturelle Zentren (z.B. Museen, Theater) sowie Bundesnetzagenturen (z.B. die russische Post). Bei den Vakanzen handelt es sich in der Regel um Arbeitsplätze im Bereich gering qualifizierter und schlecht bezahlter Arbeit.

Das Wehrdienst-Modell

Seit dem politischen Umbruch und dem Inkrafttreten der heutigen Verfassung haben auch in Bezug auf den Wehrdienst und seine Ausgestaltung Veränderungen stattgefunden. Im Februar 1993 wurde das seit 1939 gültige Gesetz „Über die allgemeine Wehrpflicht“ durch das Gesetz „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“ abgelöst. Damit blieb die russische Armee nach wie vor und vorwiegend eine Wehrpflichtarmee, die aber nun durch eine Berufsarmee auf freiwilliger Basis ergänzt wird. Die Anzahl der sogenannten „Vertrags-soldaten“ (im Russischen *kontraktniki*) kann entsprechend der sozioökonomischen Situation des Landes und den Mechanismen eines zivilen Arbeitsmarktes variieren. Zudem können mit der Einführung der Verträge auch Frauen in der Armee dienen. Trotz bisherigem Ausschluss aus den Kampftruppen stellt ihre Präsenz einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der Streitkräfte dar. Gleichzeitig bedeutet das neue Wehrdienst-Modell, dass nicht alle wehrpflichtigen Männer zwischen dem 18. und dem 27. Lebensjahr zwangsläufig in die Armee einberufen werden müssen. Je nach Zulauf in die Armee bzw. Anzahl der Berufssoldaten werden von der politischen Führung jährlich Einberufungsquoten bestimmt, die die Reihen auffüllen sollen. Die Einberufung, der auch die Anwärter auf den Zivildienst unterliegen, findet nach festen Terminen zweimal im Jahr statt - im Frühling (1. April - 15. Juli) und im Herbst (1. Oktober - 31. Dezember).

Staatsbürgerliche Pflicht und persönliches Grundrecht

Ein weiteres Novum im Gesetz über den Wehrdienst, welches in enger Verbindung mit dem Grundrechtsschutz steht, ist der stärkere Fokus auf die Belange des wehrpflichtigen Bürgers. Während in Artikel 62. der sowjetischen Verfassung von 1977 „die heilige Pflicht jeden Bürgers“, das sozialistische Vaterland zu verteidigen, eine Schlüsselstellung in der sowjetischen Ideologie und Sozialisation der männlichen Bürger einnahm, ist seit dem Wechsel

des Systems eine Verschiebung in diesem Rechte- und Pflichten-Verhältnis zu konstatieren. Neben dem Recht, die bürgerliche Pflicht durch einen zivilen Ersatzdienst abzuleisten, werden im Gesetz eine Vielzahl an sozialen, ausbildungsorientierten und medizinischen Gründen für die Befreiung oder Zurückstellung vom Militärdienst formuliert. Darüber hinaus wurde die Dienstzeit der Wehrpflichtigen erheblich verkürzt. Im Unterschied zur Sowjetzeit, in der der Wehrdienst je nach Truppeneinsatz bis zu fünf Jahre betragen konnte und damit eine Berufs- und Lebensplanung im heutigen Sinne unmöglich machte, dauert der Dienst seit 2008 – bis dahin waren es zwei Jahre – nur noch ein Jahr.

Zivil- und Wehrdienst im Vergleich

Vergleicht man die Bedingungen, unter denen die Wehrpflichtigen ihren jeweiligen Dienst ableisten müssen, so können dem Zivildienst Vorteile, aber auch Nachteile gegenüber dem Militärdienst zugesprochen werden. Vorteilhaft ist die Unterstellung des Zivildienstes unter das Arbeitsgesetzbuch. Dadurch haben die jungen Männer vor allem geregelte und begrenzte Arbeitszeiten mit Anspruch auf Wochenenden und Urlaubstage. Während ihrer Dienstzeit können sie meistens zu Hause wohnen bleiben, was in erster Linie kostengünstiger und sicherer ist. Das ursprünglich im Gesetz formulierte Exterritorialitätsprinzip, das den Zivilangestellten einen Dienst außerhalb ihres Wohngebiets zuweist, hat in der Praxis seine Gültigkeit aus den gleichen Kostenerwägungen verloren – für die Unterbringung müssten die Organisationen Wohnungen oder Wohnheime zur Verfügung stellen. Des Weiteren bekommen die Zivildienstleistenden mit durchschnittlich 5500 Rubel einen vergleichsweise höheren Lohn als die Rekruten mit etwa 2000 Rubel im Monat. Andererseits haben die Wehrpflichtigen im Zivildienst einen großen Nachteil: Ihre Dienstzeit ist mit 21 Monaten fast doppelt so lang wie die beim Militär, wobei die effektiven Arbeitstage im zivilen Bereich die der Rekruten beim Militär nicht wesentlich übersteigen. Ein weiterer Nachteil, der sich aus dem gesellschaftspolitischen

Kontext erschließt, ist das historisch begründete Ansehen, das dem Militär und damit dem Wehrdienst entgegengebracht wird. Hierbei spielt die omnipräsente Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Kontrast führt es dazu, dass der Zivildienst als vorrangig sozialer Dienst auf geringere gesellschaftliche Anerkennung stößt.

Militärreform - ein Ende der Wehrpflicht?

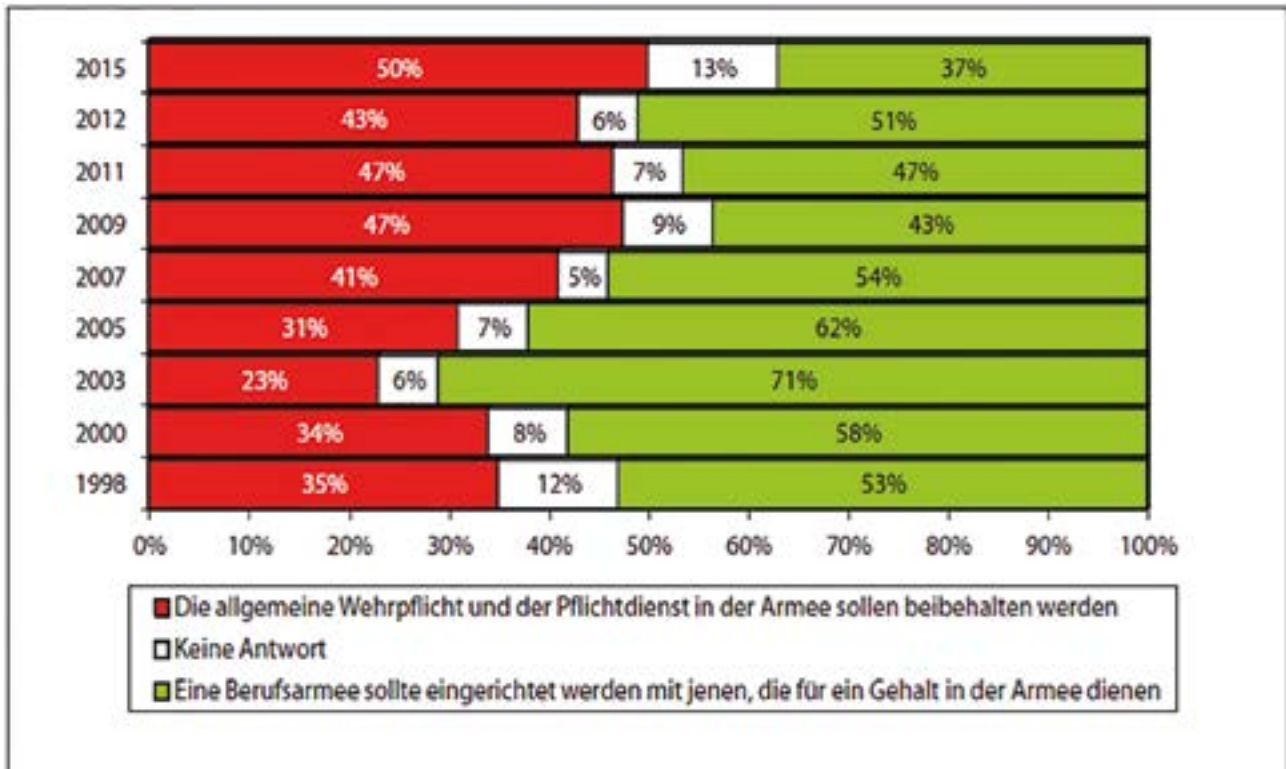
Seit Mitte der 90 Jahre ist von Seiten der politischen Führung die Einsicht gereift, dass die russische Armee mit ihren Defiziten bei Rekrutierung, Rüstung und Finanzierung nicht mehr den modernen Herausforderungen gerecht werden kann. Insbesondere die Intervention in Afghanistan und der erste Krieg in Tschetschenien führten vor Augen, dass die für eine Konfrontation mit der Nato ausgerichtete Massenarmee nicht für flexible Einsätze in lokalen und regionalen Konflikten geeignet ist. Die darauffolgenden Reformwellen – ab 1997 unter Jelzin bzw. seinem Verteidigungsminister Igor Sergejew, ab 2008 unter Putin und Anatolij Serdjukow, heute unter Schojgu – konnten trotz konzeptioneller und struktureller Veränderungen das hochgesteckte Ziel, eine ausschließlich professionelle Einsatzarmee zu schaffen, bisher aber nicht erreichen. Grund für die Verzögerung ist neben der sozioökonomischen Situation vor allem der immense Widerstand von Seiten der konservativen Militärs, aber auch Politiker. Diese setzen die Veränderungen automatisch mit einer Schwächung der russischen Militärmacht und der weltpolitischen Rolle gleich und fürchten, dass durch die massive Reduzierung der Truppen und Abschaffung der Wehrpflicht die Armee innerhalb der Gesellschaft an Bedeutung verliert. Als Reaktion hat die heutige Regierung ihren Führungsstil im Sinne einer Doppelstrategie geändert: Zum einen versucht sie weiterhin umfassende Strukturreformen durchzusetzen und an ihrem Ziel festzuhalten. Zum anderen setzt sie im Rahmen dieser Bemühungen verstärkt auf eine Kooperation mit der militärischen Führung, die wiederum voraussetzt, dass man der traditionellen Organi-

sationskultur der Armee und ihren Symbolen soweit wie möglich Respekt entgegenbringt. Vor diesem Hintergrund kann man auch den Umgang der Regierung mit dem Zivildienst deuten. Auf der einen Seite legt sie der Etablierung des Zivildienstes, abgesehen von der Regelung zur Dienstdauer und der personellen Unterbesetzung in der Arbeitsbehörde, keine offensichtlichen Steine in den Weg. Auf der anderen Seite ist sie nicht aktiv bemüht, den Zivildienst populär zu machen, zumal sie diesen als Übergangsphänomen begreift.

Die Haltung der russischen Bevölkerung

Parallel zu den Reformbestrebungen der Regierung hatte das Militär seit der Perestrojka auch von Seiten der Bevölkerung eine veränderte Haltung zu spüren bekommen. Das Militär musste einen Legitimitätsverlust hinnehmen, der in erster Linie durch eine veränderte Kriegsberichterstattung ausgelöst wurde. Im Gegensatz zur Sowjetunion, in der die Probleme der Armee nicht nach außen getragen wurden, konnten ab dem Amtsantritt Gorbatschows und der damit verbundenen Aufhebung der Zensur zum ersten Mal traumatische Erlebnisse wie das „das sowjetische Vietnam“, aber auch Todesfälle und Misshandlungen von Wehrdienstleistenden zu Friedenszeiten in der breiten Öffentlichkeit diskutiert und verurteilt werden. Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen formierten sich, um den betroffenen Soldaten Hilfe zu leisten und den von der Verfassung garantierten Rechtsschutz zu fordern. Trotz einiger Verbesserungen im Zuge des zivilgesellschaftlichen Aufwinds und der dargelegten Strukturreformen Seitens der Regierung konnten die Probleme innerhalb der Armee in den letzten Jahrzehnten jedoch nicht vollends gelöst werden. Durch die resorteigene Justiz und die interne militärische Organisationskultur, die sich neben der offiziellen Kommandohierarchie durch informelle Statussysteme wie die *dedowschtschina* und das *zemljatschestwo* auszeichnet, blieb der Kern des Problems weitgehend unangetastet. Als Folge des offenen Umgangs mit den persistenten Schwierigkeiten und Rechtsverletzungen in den russischen Streitkräften hat sich die

Umfrage: Sollte die Wehrpflicht erhalten bleiben oder sollte es eine Berufsarmee geben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 22. Februar 2015

Gesellschaft in Bezug auf die Armee eine ambivalente Haltung angeeignet. Während sich etwa die Hälfte der Bevölkerung laut offizieller Umfragen immer noch für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausspricht, kann faktisch kein derart breiter Zulauf verzeichnet werden. Vor allem von jenen, die selbst von der Wehrpflicht betroffen sind, kann eine ablehnende Haltung beobachtet werden, die neben der Wahl für einen Zivildienst am offensichtlichsten in Form der illegalen Wehrdienstverweigerung zum Ausdruck kommt. Das teilweise Auseinanderklaffen zwischen Befürwortung und faktischer Ablehnung kann aber auch unter zwei weiteren Gesichtspunkten beleuchtet werden: Erstens hat der Großteil der Bevölkerung, entgegen aller Kritik an den internen Missständen, die Armee als prestigereiche Institution und Stützpfeiler des Staates nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Zweitens ist die Ambivalenz der russischen Gesellschaft auf eine offenkundige Spaltung hinsichtlich der Generations- und Geschlechtszugehörigkeit zurückzuführen, bei der in erster Linie die Männer der älteren Generation, d.h. jene die bereits zu Sowjetzei-

ten ihren Militärdienst geleistet haben, an der Wehrpflicht im Sinne einer männlichen Sozialisationsinstanz festhalten wollen; wohingegen die Frauen bzw. Mütter und Großmütter eine Gesellschaftsgruppe darstellen, die eher bereit ist, den Wehrdienst im Falle einer (persönlichen) Betroffenheit abzulehnen und nach einem Weg zu suchen, ihre Söhne davor zu bewahren, wie die Organisationen der Soldatenmütter im ganzen Land beispielhaft vor Augen führen.

Illegale Wehrdienstverweigerung

Neben den gesetzlichen Möglichkeiten, den Wehrdienst zu ersetzen, existieren weitere Formen der Verweigerung, die den institutionell vorgegebenen Rahmen zwar verlassen, für das Verständnis der derzeitigen Lage des Zivildienstes aber wesentlich sind. Die illegale Wehrdienstverweigerung stellt in Russland ein weit verbreitetes Phänomen dar, das junge Männer je nach Vorgehen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen betrifft und in erster Linie auf die geschilderten Zustände

in den russischen Streitkräften zurückzuführen ist. Die Bandbreite der Strategien reicht vom „halblegalen“ Einschleusen in die vom Wehrpflichtgesetz definierten Ausnahmelisten bis zur offenkundig illegalen Bestechung von Ärzten und Beamten des Militärkommissariats. Die informelle Verweigerungsoption gilt als offenes Geheimnis und wird von der Mehrheit akzeptiert und durch kommerzielle Strukturen gefördert. Damit verdeutlicht dieses Phänomen nicht nur den faktischen Stellenwert der Wehrpflicht, es zeigt auch, dass die Dichotomie zwischen dem „randständigen“ Zivil- und dem scheinbar populären Militärdienst praktisch nicht existiert. Die legale Wahl zwischen diesen beiden Formen der Dienstleistung wird durch die Wahl zwischen Diensterfüllung und der Umgehung jeglicher

Dienstpflcht erweitert, wenn nicht gar ersetzt. Die Verbreitung dieses Phänomens spiegelt sich in der Vielfalt der Verweigerungsstrategien wieder. Einer der häufigsten Praktiken stellt das Fälschen von medizinischen Attesten dar. Hierbei hat der Rekrut mehrere Optionen: Er kann, bis zu einem gewissen Grad, eine physische oder psychische Krankheit vortäuschen, eine Krankheit oder Drogenabhängigkeit mutwillig herbeiführen oder auf die einfachste Methode zurückgreifen und einen Arzt für ein gefälschtes Attest bezahlen. Die Preise hängen mitunter vom Schwierigkeitsgrad der Erstellung und dem Wohnort ab. Eine weitere kostspielige Variante ist eine Schein-Immatrikulation an einer Hochschule. Hierfür können Studentenausweise gekauft oder Immatrikulationen ordnungsgemäß vollzogen, dafür



Für 150 Tausend Rubel
helfe ich dir dabei, einen
Wehrpass zu besorgen.

Ich helfe dir für 100 000
Rubel, den Wehrdienst
aus gesundheitlichen
Gründen zu umgehen.

Ich helfe dir, der Armee zu
entkommen - umsonst!

aber Universitätsangestellte für die Bescheinigung der Anwesenheit bestochen werden. Der Nachteil bei diesem Vorgehen ist die zeitlich begrenzte Rückstellung vom Wehrdienst, die nur für Dauer der Regelstudienzeit gilt. Dadurch müssen die jungen Männer bis zum 27. Lebensjahr erneut einen Ausweg suchen, den Wehrdienst zu umgehen. Wie verzweifelt manche Jungen sein können, veranschaulichen Strategien wie das vorübergehende Einweisen in psychiatrische Kliniken oder das Begehen von kleineren Straftaten, da Vorstrafen sowie Bewährungsaufgaben vom Wehrdienst zurückstellen. Der Vorteil bei diesen Methoden, so abwegig das auch klingen mag, ist der geringe Kostenfaktor und die schwierige Nachweisbarkeit der Täuschung bzw. Verweigerung durch die Militärbehörden. Im Gegensatz dazu, sind die naheliegenden Maßnahmen, nicht beim Militärkommissariat zu erscheinen oder durch falsche Angaben bzw. Wechsel des Wohnortes, das Zustellen des Einberufungsbefehls von vornherein zu verhindern, um einiges unkomplizierter. Allerdings müssen die jungen Männer (im Russischen als *uklonisty* bezeichnet) im Falle ihres Auffliegens mit Konsequenzen in Form von Verwarnungs-, Bußgeld oder Haftstrafen von bis zu zwei Jahren rechnen.

Ferner können die Vorgehensweisen in private Strategien und solche, die von kommerziellen und sonstigen Netzwerken getragen werden, unterteilt werden. Zu den letzteren gehört die Kooperation mit juristischen Organisationen und privaten Kanzleien, die sich auf die Wehrdienstverweigerung spezialisiert haben, aber auch Menschenrechtsorganisationen und Gruppen in den sozialen Medien, die den Dienstpflichtigen weiterhelfen. Mit unterschiedlichen Zielsetzungen bieten sie den Jungen und ihren Familien rechtliche Beratung, Erfahrung und Kontakte an. Viele kommerzielle Firmen folgen mit ihren Dienstleistungen dem altbewährten Muster und greifen auf das Bestechen von Ärzten und Militärbeamten zurück, oft ohne es transparent zu machen. Zu den kommerziellen Netzwerken können aber auch Krankenhäuser zugerechnet werden, in denen sich ganze Abteilungen auf einen bestimmten Service für Wehrdienstverweige-

rer spezialisiert haben. Derartige Leistungen sind aufgrund des hohen Organisationsgrads und dem geringeren Risiko, aufzufallen, eher in Großstädten vorzufinden. In kleinen Ortschaften findet die Vernetzung und Vermittlung durch Mundpropaganda, persönliche Beziehungen sowie zunehmend das Internet statt.

In Anbetracht dessen hängt die Wahl der geeigneten Strategie (legal oder illegal) maßgeblich von den finanziellen Ressourcen und den Beziehungen des Betroffenen ab. Gleichwohl spielt der ideelle Faktor bei der Entscheidung für einen Zivildienst, wie die interviewten Zivildienstleistenden allesamt bestätigten, eine wichtige Rolle. Dieser Umstand führt dazu, dass vor allem Einberufene bzw. ihre Familien aus der Mittel- und Oberschicht leichter auf illegale Praktiken wie das Zahlen von Bestechungsgeld oder gefälschte medizinische Atteste und andere Dokumente zurückgreifen können. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, Summen von ca. 700 bis 5000 US-Dollar aufzuwenden oder die entsprechenden Kontakte haben, müssen entweder auf riskantere Methoden ausweichen, den Zivildienst beantragen oder letztendlich in die Armee gehen. Was im Umkehrschluss darauf verweist, dass das Militär vorwiegend junge Männer aus „sozial schwachen“ und minder bemittelten Familien rekrutiert. Des Weiteren kann ein Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und der Ableistung bzw. Verweigerung des Militärdienstes vermutet werden. Neben den gesetzlich eingeräumten Rückstellungskriterien für Akademiker zeugen die Berichte des Verteidigungsministeriums von einem verhältnismäßig geringen Anteil der Einberufenen mit Hochschulabschluss bzw. einer Berufsausbildung (20%). Umgekehrt könnte argumentiert werden, dass die Wehrdienstverweigerer tendenziell der (aus)gebildeten Gesellschaftsschicht angehören - eine Vermutung, die zumindest die Zivildienstleistenden, die befragt wurden, zu bestätigen scheinen. Fast alle sind Studenten, insbesondere der Rechtswissenschaften, und stehen der Armee, aber auch der illegalen Verweigerungsoption aufgrund ihrer Überzeugungen und der Kenntnis der Rechtslage kritisch gegenüber.

130 Jahre Verweigerung

Der lange Weg des Zivildienstes in Russland

Die Befreiung vom Militärdienst aus religiösen Gründen gibt es in Russland schon seit dem 18. Jahrhundert. Das Russische Imperium war der erste Staat weltweit, in dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Recht auf Militärdienstverweigerung für Vertreter von religiösen Gemeinden auf gesetzgebender Ebene gefestigt wurde. Während der Sowjetzeit war der Zivildienst so gut wie abgeschafft. Erst nach der Jahrtausendwende wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

Erste Massenverweigerungen durch Einführung der Wehrpflicht

Bedeutend für die Kriegsdienstverweigerung war in Russland das Jahr 1874, in dem die allgemeine Wehrpflicht verabschiedet wurde, die alle Stände der russischen Gesellschaft betraf. Diese führte zu Massenverweigerungen des Militärdienstes, besonders seitens der Vertreter bestimmter Konfessionen. Mehrere Glaubensgemeinschaften begannen sogar, das Land zu verlassen. In diesem Zusammenhang wurden Änderungen im Statut über die Militärpflicht vorgenommen, die zunächst nur den Mennoniten Zugeständnisse machten. Jedes Jahr wurden etwa 100 Mennoniten für eine Alternativdienstleistung einberufen. Im Folgenden wurde das Vorzugsrecht für die Befreiung vom Militärdienst weiteren Vertretern anderer Glaubenslehren eingeräumt.

Nach der Revolution 1917 war das sowjetische Russland gemeinsam mit Dänemark (1917) und Großbritannien (1916) einer der ersten Staaten, der seinen Bürgern das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Glaubensgründen anerkannte. 1918 und 1919 wurde ein Dekret „Über die Befreiung von der Militärpflicht aus religiösen Gründen“ erlassen, das nicht nur den Alterna-

tivdienst für Angehörige von Glaubensgemeinschaften und Sekten erlaubte, sondern Bürger in einzelnen Fällen sogar vollständig von der Dienstpflicht befreite.



Kurswechsel der sowjetischen Regierung

Seit Mitte der 20er Jahre wurde das Verhältnis der sowjetischen Politik zur Religion und zu den Gläubigen im Land zunehmend angespannt. Nach und nach wurden die religiösen Organisationen rechtlos gemacht. Gleichzeitig nahm die Leitung des Staates einen Kurswechsel im Sinne einer Militarisierung der Gesellschaft vor, die zu einer Wende in der Gesetzgebung

führte. Am 18. September 1925 wurde das Gesetz „Über den obligatorischen Militärdienst“ angenommen, das den Menschenkreis, der das Recht auf Militärdienstverweigerung weiter in Anspruch nehmen konnte, wesentlich begrenzte. Nun konnten nur noch Vertreter von religiösen Sekten durch Verordnung eines Gouvernament-Gerichtes vom Militärdienst befreit und stattdessen zu einem Ersatzdienst beispielsweise im Rahmen von Epidemien und Bränden eingesetzt werden. Zudem wurde die volle Befreiung von der Dienstpflicht für die Einberufenen ausnahmslos abgeschafft.



Anfang der 30er Jahre wurden erneut unterschiedliche Experimente für eine Alternative zum Militärdienst in Form der Arbeitsdienstpflicht in der UdSSR durchgeführt, jedoch brachten diese Versuche keine Erfolge. Der alternative Zivildienst existierte in der UdSSR bis 1939, als das Gesetz „Über die allgemeine Wehrpflicht“ verabschiedet und damit der alternative Dienst juristisch aufgehoben wurde. Erst seit 1987, im Kontext des sozialen und po-

litischen Umbruchs, wurde allmählich wieder begonnen, über Probleme beim Wechsel von Militärdienst in den alternativen Dienst und über die Rechte von Verweigerern zu sprechen.

Ende der Sowjetzeit und Neuanfang für den Zivildienst

Eine fundamentale Neuerung brachte im Sommer-Herbst 1992 die Erscheinung des Artikels 45 in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Dieser besagte, dass „jeder Bürger der Russischen Föderation, dessen Gesinnung der Militärdienstleistung widerspricht, das Recht hat, sie in die Erfüllung der alternativen Zivildiensten in der im Gesetz festgelegten Reihenfolge zu wechseln“. 1993 wurde dieses Recht mit dem Artikel 59 auch in die neue Verfassung der Russischen Föderation aufgenommen. Seither stand die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über den alternativen Zivildienst auf der Tagesordnung. Lange Zeit drehte sich die Diskussion aufgrund der Widersprüche in den Konzepten über den Zivildienst im Kreis. Ein Schritt zur Überwindung dieser Widersprüche wurde 1994 geschaffen, als die Staatsduma den Entwurf des föderativen Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“ in erster Lesung verabschiedete. Der Begriff des alternativen Zivildienstes blieb aber dennoch undeutlich.

1996 trat Russland in den Europarat ein und nahm damit eine Reihe an Verpflichtungen an, einschließlich der Implementierung eines alternativen Zivildienstes. Der Sekretär des Sicherheitsrates, Vladimir Putin, ordnete im April 1999 die Vorbereitung eines Entwurfs für ein föderatives Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“ an. Die darauf folgenden Entwürfe wurden scharf kritisiert und zur Nachbearbeitung geschickt. Seit Anfang 2002 gab es ständige Verhandlungen über die Gesetzentwürfe zum Zivildienst und schließlich, am 25. Juli 2002 wurde das Gesetz Nr. 113 „Über den alternativen Zivildienst“ unterschrieben, das 2004 in Kraft trat.



„Im Großen und Ganzen ist alles nicht so schlecht.“

Im Gespräch Sergej Krivenko von Bürger.Recht.Arme

Die Bürgerrechtsorganisation „Bürger.Recht.Arme“ hat sich im Jahr 2009 auf Initiative von zwölf Nichtregierungsorganisationen aus Aserbaidschan, Armenien, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Ukraine und Weißrussland gegründet. Seitdem unterstützt die Organisation Wehrdienstleistende im Militär und Zivildienst bei ihren Interessen und Rechten. Als beratende Institution begleiten sie Kriegsdienstverweigerer und ihre Familien bei Problemen von der Antragsstellung bis zu Schwierigkeiten im Zivildienst selbst. Gleichzeitig betreiben sie Monitoring bei Menschenrechtsverletzungen im Militär- und Zivildienst und leisten durch die Zusammenstellung von Informationsmaterialien bedeutende politische Bildungsarbeit.

Als Direktor von „Bürger.Recht.Arme“ engagiert sich Sergej Krivenko seit vielen Jahren für die Zivilgesellschaft. Sein Fokus liegt in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Militär und der Etablierung eines attraktiven Zivildienstes in Russland. Außerdem ist er als Vorstandsmitglied der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ tätig. Im Gespräch gab er uns einen authentischen Einblick in die Problematik des Zivildienstes in Russland.

Herr Krivenko, Sie haben eigentlich Physik und Mathematik studiert. Warum und wie kamen Sie dazu, sich mit dem Zivildienst zu beschäftigen?

Ich arbeite seit 1990 im Aufklärungs- und Menschenrechtszentrum „Memorial“, das sich mit der Geschichte der stalinistischen Unterdrückung beschäftigt. Es ist bekannt, dass Kriegsdienstverweigerer, die den Militärdienst aus Gewissensgründen ablehnten, lange Zeit strafrechtlich verfolgt wurden. In diesem Zusammenhang begann ich mich mit dem Zivildienst in Russland zu beschäftigen.

Erzählen Sie uns bitte von der Entstehung des Zivildienstes in Russland.

In den 90ern begannen wir den Kampf für eine bewusste Verweigerung, aber es war nie eine Massenbewegung. Wir haben versucht, ein Buch über den Zivildienst und seine Geschichte zu veröffentlichen, aber das klappte damals nicht. Mitte der 90er gründete sich

während des Tschetschenienkriegs aus der Bewegung für einen Zivildienst das Komitee der Soldatenmütter. Am Anfang war die Gesetzeslage sehr schwierig, aber diese Bewegung war sehr aktiv. Es wurde erreicht, dass eine Zivilbehörde im Arbeitsministerium geschaffen wurde, die Fragen zum Zivildienst beantworten konnte. Von 2001 bis 2004 war diese Behörde sehr aktiv, es gab regionale Arbeitsbeschaffungsstellen, die ihm unterstellt waren. Durch diese Stellen konnte das Ministerium die Organisation des Zivildienstes gut leiten. Die Dienstfrist betrug damals leider fast vier Jahre. Das Ministerium propagierte den Zivildienst, er blieb aber trotzdem unpopulär.

Welche Rolle nimmt der Staat hierbei ein?

Der Staat begann dann leider, die Entwicklung des Zivildienstes zu behindern: 2007 wurde die Zivilbehörde reorganisiert und die Arbeitsbeschaffungsstellen in die Hände einer Behörde delegiert. Das System wurde dadurch zerstört.

Wenn diese regionalen Arbeitsbeschaffungsstellen ihre Funktionen nicht verloren hätten, wäre vielleicht der Zivildienst heutzutage populärer und entwickelter. 2008 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das die Frist für den Zivildienst auf 21 Monate verringerte. Im Arbeitsministerium gibt es allerdings nur noch 2 Mitarbeiter für ganz Russland, das ist viel zu wenig. Deshalb gibt es zum Beispiel auch keine Werbung für den Zivildienst, weil keine Zeit für die Entwicklung da ist.

Mit welchen Schwierigkeiten waren die Bewerber für den Zivildienst früher konfrontiert und wie sieht die heutige Entwicklung aus?

Die Bewerber hatten drei Hauptprobleme. Erstens, die Frist. Zweitens konnte man damals den Zivildienst nur in militärischen Organisationen leisten und drittens – die Exterritorialität. Heute ist die Frist geviertelt. Wir haben erreicht, dass man den Zivildienst nicht in militärischen, sondern in zivilen Organisationen leisten kann. Das war mit den Zeugen Jehovas verbunden, die mit dem Militär nichts zu tun haben wollten. Darüber hinaus haben wir uns mit dem Arbeitsministerium geeinigt, dass die Liste der Organisationen, bei denen man den Dienst leisten kann, offen sein soll. Außerdem haben wir das Problem der Exterritorialität gelöst. Da es für die Organisationen zu kostspielig ist, Wohnheime für die Zivildienstleistenden anbieten zu müssen, versucht das Arbeitsministerium, Arbeitsstellen an den Heimatorten zu finden. Im Großen und Ganzen ist alles nicht so schlecht. Im Vergleich zu jungen Männern, die den Militärdienst leisten und nur sonntags frei haben und keinerlei Urlaubsanspruch, hat ein Zivildienstleistender eine geregelte Arbeitszeit von acht Stunden sowie Anspruch auf Urlaub.

Welche Probleme bleiben weiterhin bestehen?

Die Frist für das Einreichungsverfahren ist sehr lang. Die Dokumente müssen sechs Monate vor der Rekrutierung vorliegen. Diese Frist wird oft verpasst. Auch kann der zukünftige Zivildienstleistende nicht selbst entscheiden, wo er den Dienst leisten will. Um dieses Problem

zu lösen, versuchen wir zurzeit, Kommunalorganisationen heranzuziehen. Wir wollen es so machen, wie es in Deutschland war: Es sollte eine Auflistung der möglichen Arbeitsplätze im Internet geben, für die sich potentielle Zivildienstleistende selbstständig bewerben können. Im Falle einer Zusage könnten dann alle Informationen zur Behörde geschickt und daraufhin der Antrag geprüft sowie genehmigt werden.

Die Beschäftigung von Zivildienstleistenden im gering bezahlten Sozialwesen kann dessen Personalmangel verringern. Wie erklären Sie sich, dass es so viele Hindernisse für den Zivildienst gibt?

Das Problem ist das Rotationsverfahren im Wehrkommissariat, welches alle drei Jahre stattfindet, um die Korruption durch Bestechungsgelder gering zu halten. Sobald wir Aufklärungsarbeit über den Zivildienst geleistet haben, findet ein Personalwechsel im Kommissariat statt und wir müssen wieder bei null anfangen.

Ich sage den Jungs, die den Zivildienst wählen wollen immer: „Jetzt stell dir vor, dass die Arbeit des Wehrkommissariats darin besteht, jemanden zum Militärdienst zu schicken oder das Bestechungsgeld anzunehmen. Und dann kommt ein künftiger Zivildienstleistender, der weder bezahlt noch zur Erfüllung ihres Einberufungsplans beiträgt.“ Daraus resultiert beispielsweise die Motivation zur Streuung von Desinformationen. Außerdem ist es sehr schwierig das Klischee aufzubrechen, dass nur der Militärdienst aus einem Jungen einen Mann macht.

Leisten Sie auch in der Bevölkerung Aufklärungsarbeit?

Wir veröffentlichen die Zeitung „Alternativschik“, die auch im Internet zu finden ist. Die verbreiten wir unter religiösen Minderheiten oder an Schulen. Aufgrund des Anstiegs des Patriotismus wurde uns verboten, direkt in Schulen für den Zivildienst Werbung zu machen. Zurzeit entwickeln wir ein Projekt und eine Ausstellung, die wir in unterschiedlichen Regionen Russlands präsentieren wollen.

Aus welchen Gründen entscheiden sich junge Männer für den Zivildienst? Sind die Motive vorwiegend religiöser oder pazifistischer Natur?

Zu Beginn leisteten hauptsächlich Zeugen Jehovas den Zivildienst ab, die aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigern. Heutzutage haben etwa 60% der Jungs andere Motive, darunter auch politische. Letztes Jahr hat etwa jemand als Grund angeführt, dass er nicht in der Ukraine kämpfen will.

Ist die aktuelle politische Entwicklung ein Hindernis für den Zivildienst in Russland?

Einerseits ja, weil wir heute einen Anstieg von Patriotismus und Propaganda zum Schutz des Heimatlandes durch den Militärdienst erleben. Andererseits sehe ich den Personalmangel im Ministerium, das sich mit dem Zivildienst für ganz Russland beschäftigen muss, als das gravierendere Problem.



Foto: © Dimitrij Duchanin

Unpopulärer Dienst

Über Falschinformationen und negative Stereotypen

Das Recht auf Zivildienst steht jedem Bürger der Russischen Föderation frei, wenn seine Überzeugungen oder sein Glaube der Leistung des Militärdienstes widersprechen. Jedoch belief sich in der Praxis die Anzahl derjenigen, die dieses Recht im Jahr 2014 in Anspruch genommen haben auf nur 835 Personen im ganzen Land. Wie erklärt sich eine solch geringe Popularität des Zivildienstes unter jungen Männern? Eine Grundursache lässt sich nicht herauskristallisieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach schafft ein Komplex von verschiedenen institutionellen, informativen und öffentlichen Hindernissen eine Situation, bei der nicht die Bevorzugung des Dienstes im Sinne der gesellschaftlich nützlichen Arbeit, sondern die traditionelle Art des Militärdienstes mehr Anklang findet.

Um das Recht auf Zivildienst auszuüben, ist es notwendig zu wissen, dass in Russland im Allgemeinen die Möglichkeit besteht, den Militärdienst durch den Zivildienst zu ersetzen. Außerdem sollte man sich über alle Vor- und Nachteile dieser Alternative bewusst sein, bevor die Entscheidung getroffen wird. Das wiederum setzt eine qualifizierte Informationsunterstützung bezüglich des Zivildienstes voraus. Oft stellt sich heraus, dass aufgrund des Mangels an zuverlässigen Informationen die jungen Männer kaum eine Vorstellung vom Zivildienst haben. Häufig nehmen sie die sogenannten „Mythen“ oder negativen Stereotypen, die aktiv verbreitet werden, um den Zivildienst möglichst unattraktiv darzustellen, für bare Münze. Besonders schwach ausgeprägt ist der Informationsstand der Gesellschaft in vielen kleineren Städten und abgelegenen Orten des Landes. Die Vorstellung darüber, dass den Zivildienst beispielsweise religiöse Fanatiker oder geistig gestörte und somit für den Militärdienst untauglichen Menschen leisten,

schafft ein negatives Bild vom Zivildienst. Darüber hinaus tragen die Verheimlichung von Informationen, die von den Militärkommissariaten praktiziert wird, sowie die Fehlinterpretation des Gesetzes über den Zivildienst, die auch mittels Massenmedien publiziert wird, zu einer verzerrten Vorstellung bei. Als ein gutes Beispiel dient die Behauptung, dass nur Vertreter religiöser Gemeinschaften (insbesondere die Zeugen Jehovas) oder indigener Völker den Zivildienst in Russland leisten dürfen. Das steht definitiv im Widerspruch zum Gesetz, demzufolge nicht nur sie das Recht auf Zivildienst haben, sondern alle Bürger der Russischen Föderation, deren Überzeugungen unvereinbar mit dem Militärdienst sind.

Weitere Hindernisse bei der Ausführung des Zivildienstes sind mit der Unvollkommenheit des Gesetzes bzw. dem unzureichenden Mechanismus seiner Organisation verbunden. Viele Experten nennen die Dauer des Zivildienstes, die fast das Doppelte der Dauer des Militärdienstes beträgt, einen entscheidenden Faktor dafür, dass manche den Beitritt in die Reihen der Streitkräfte dem friedlichen Dienst zugunsten der Gesellschaft bevorzugen. Dazu gehört auch ein schlecht angepasster Mechanismus der Vergabe von Zivildienststellen, die zum großen Teil nicht der beruflichen Qualifikation der Zivildienstleistenden entspricht. Junge Männer haben nicht die geringste Vorstellung davon, wo sie die nächsten 21 Monate ihres Lebens verbringen werden und welche Arbeit auf sie zukommt. Hinzu kommen Horrorgeschichten der Vorgesetzten des Wehrkommissariats über die Art der zu verrichtenden Tätigkeiten beim Zivildienst, die viele Interessenten davon abschrecken. Oft wird der Eindruck suggeriert, dass man beim Zivildienst nur damit beschäftigt ist, die Töpfe schwer erkrankter Menschen abzuräumen. Darüber hi-



naus wird das weitestgehend unbekannte und von vielen Experten kritisierte Verfahren der Antragseinreichung (Einreichungsfrist beträgt 6 Monate vor der Einberufung), gern als Anlass für eine Absage genutzt. Abgesehen davon reicht es für einen Antragsteller, der gerne Zivildienst absolvieren möchte nicht aus, lediglich der Einberufungskommission seine Ansichten zu schildern, er muss sie den Wehrbeamten auch beweisen, obwohl dies nicht im Gesetz definiert ist. Falls die Kommission der Ansicht ist, dass nicht ausreichend überzeugende Beweise anführt werden, wird in der Regel eine Absage erteilt.

Eine weiterer Hemmfaktor ist die Mentalität der Wehrbeamten. Die Postulate wie „Militärdienst sei eine ehrenvolle Aufgabe, etwas Heiliges, etwas, das aus einem Jungen einen Mann macht“ oder „die Armee sei die Schule des Lebens“ sind immer noch sehr lebendig in der russischen Bevölkerung. Eine solche Propaganda der Armee ist mit einem Militarkult verbunden, der sowohl auf Bundes- als auch auf regionaler Ebene unterstützt wird. All dies schafft eine verwerfliche öffentliche Meinung in Bezug auf die Zivildienstleistenden, die oft mit Deserteuren gleichgesetzt werden. Daraus

entsteht die Wahrnehmung des Zivildienstes in der Öffentlichkeit als etwas Zweitklassiges und Marginales.

Schließlich gibt es noch eine gewisse subjektive mangelnde Bereitschaft vieler junger Männer 21 Monate ihrer Freizeit für den Zivildienst zu opfern. In der Regel wählen solche Menschen die einfachste und bewährte Möglichkeit, indem sie sich vom jeglicher Form des Dienst freikaufen, was mit den Ideen des Zivildienstes allerdings nicht kompatibel ist.

Der geschilderte Problemkomplex ist dafür verantwortlich, dass der Zivildienst in Russland seit mehr als zehn Jahren noch keine große Verbreitung und Anerkennung in der Bevölkerung erhalten hat. Daher ist es sehr wichtig, dass es zu einer der vordringlichsten Aufgaben des Staates, aber auch eines jeden einzelnen Menschen wird, die Etablierung des Zivildienstes zu fördern. Denn diejenigen, die den Zivildienst als eine Alternative zum Militärdienst wählen, verstoßen nicht gegen das Gesetz und drücken sich nicht vor der Dienstpflicht, sondern leisten einen großen Beitrag für das Sozialsystem und für die russische Gesellschaft als Ganzes.

Vom Recht und der Willkür

Im Gespräch Zivildienstanwälter Alexander Gorbatschow



Wie haben Sie vom Zivildienst erfahren?

Ich erfuhr vom Zivildienst, als ich mich an die Organisation der Soldatenmütter in St. Petersburg wandte. Dort werden regelmäßig spezielle Seminare für Einberufene abgehalten. In einigen wurde auch der Zivildienst thematisiert. Vorher hatte ich von solch einem Dienst nichts gehört, obwohl ich selbst Jurist bin. Es waren meine persönlichen Überzeugungen, auch wenn sie bis zu einem gewissen Grad unbewusst waren, die mich vorzeitig zur Organisation geführt haben und mich nach Möglichkeiten suchen ließen, den Armeedienst zu entgehen.

Warum haben Sie sich schließlich für den Zivildienst entschieden?

Ich habe mich für diese Art der Dienstableistung entschieden, nicht weil ich religiös oder

besonders pazifistisch eingestellt bin, sondern eher aus weltlichen Gründen oder besser gesagt, weil ich einen spezifischen Charakter habe, der dem Militärdienst einfach widerspricht. Meiner Meinung nach ist die Wehrpflicht nicht in erster Linie dazu da, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten, zumal in den letzten bewaffneten Konflikten keine unerfahrenen Rekruten, sondern professionelle Vertragssoldaten eingesetzt wurden. Vielmehr stellt die Armee für mich eine Institution dar, deren Aufgabe darin besteht, die Bürger alle auf einen Nenner zu bringen und sie in der „Schule des Lebens“ zu Männern zu erziehen. Dort werden Persönlichkeit und der eigene Wille gebrochen, Menschen gleichgeschaltet – wer zu widerspenstig ist, wird gehorsamer; wer zu klug ist, hört nach einiger Zeit auf, kluge Reden zu halten. Mir gefällt das nicht, da ich ein Verfechter der Freiheit des Menschen bin und finde, dass jeder im Sinne von Kants kategorischem Imperativ und dem Existenzialismus zufolge selbst entscheiden sollte, was richtig und falsch ist. Alle diese Überlegungen haben mich bewegt, den alternativen Zivildienst zu wählen.

Welche Erfahrung haben Sie auf dem Weg zum Zivildienst gemacht? Sind irgendwelche Schwierigkeiten aufgetreten?

Im Vergleich zu einigen mir bekannten Fällen, die bis zu fünf Jahre um ihr Recht auf Zivildienst kämpften, ist meine Geschichte halb so kompliziert. Ich habe meinen Antrag gestellt, gleich nachdem ich vom Ersatzdienst erfahren habe. Zu diesem Zeitpunkt war die Frist für die Einreichung der Unterlagen jedoch überschritten. Dennoch konnte ich vor die Einberufungskommission treten und war unglaublich nervös, was ein weiterer Faktor dafür war, warum mir die Zulassung zum Dienst verweigert wurde. Daraufhin reichte ich eine

Beschwerde beim Gericht ein, verlor aber. Danach reichte ich eine Verfassungsbeschwerde ein, aber auch diese brachte mich nicht weiter. In der Zwischenzeit war die Einberufungsphase fast verstrichen. In den letzten zwei Wochen tauchte ich also unter und ließ mich nicht beim Wehrkommissariat blicken. Beim der nächsten Einberufung reichte ich den Antrag erneut an und zu meiner großen Verwunderung wurde ihm diesmal stattgegeben. Anschließend unterzog ich mich der Musterung, bei der sich überraschenderweise herausstellte, dass ich als untauglich gelte und von jeder Dienstpflicht befreit werde.

Generell kann ich sagen, dass in St. Petersburg, also in Großstädten, die Wahrscheinlichkeit, zu seinem Recht zu kommen, größer ist als in kleinen und abgelegenen Orten. Dort kommt es immer noch zu strafrechtlichen Verfahren gegen Wehrdienstverweigerer bzw. Zivildienstanwälter. Das liegt daran, dass die Militärbeamten dort weder Kenntnis über die gesetzliche Lage, noch Erfahrung mit Zivildienstanwältern haben. Wenn dann zum ersten Mal ein Antrag auf Zivildienst eingeht, empfinden sie es sozusagen als persönliche Beleidigung. Die erste Reaktion ist dann, die jungen Männer zur Verantwortung zu ziehen. Grundsätzlich ist es eine persönliche Abneigung gegen etwas, was der Zivildienstanwalt sagt oder tut, das dem Beamten missfällt und als Grund für die Absage dient. Einen Menschen, der sein ganzes Leben in der Armee verbracht hat, ist es schwer vom eigenen Standpunkt zu überzeugen. Nach außen versuchen sie hingegen, möglichst sachlich zu argumentieren, und führen in den meisten Fällen zwei Begründungen an: das Versäumnis der gesetzlichen Frist und das Fehlen einer stichhaltigen Beweisführung für die eigenen Überzeugungen. Meist sagen sie, dass in den beigelegten Beurteilungen keine genauen Aussagen gemacht wurden, die gegen eine Ableistung des Wehrdienstes sprechen. Für den Fall, dass in den Schreiben dieser Punkt doch genau aufgeführt wird, bringen sie Zweifel an bezüglich des Zeitpunkts des Motivations Schreibens, ganz nach dem Motto: Wenn du solche Überzeugungen hast, warum hast du sie dann nicht schon viel früher offenbart.

Dennoch ist es schwer von einem Muster oder einer Regelmäßigkeit zu sprechen. Es gibt Gebiete und Kreise, in denen niemand zu seinem Recht kommt. Dann gibt es wieder andere Orte, in denen nur Zeugen Jehovas oder Pazifisten den Zivildienst ableisten dürfen. Es gibt viele Abstufungen und Unregelmäßigkeiten, auch in Abhängigkeit der Haltung des Vorgesetzten beim Wehrkommissariat und von denen, die das Recht auslegen und anwenden.

Ist demnach die Willkür der Wehrbeamten hauptsächlich dafür verantwortlich, warum wenige Menschen, den Zivildienst antreten?

Eigentlich kann nicht von einem Grund gesprochen werden. Es gibt einige Faktoren, die zu dieser Situation führen. Zum einen ist der Informationsmangel in der Bevölkerung ein Problem, das trotz der steigenden Zahl der Menschenrechtsorganisationen, die Aufklärungsarbeit in Bezug auf dieses Thema betreiben, in vielen Orten nach wie vor vorhanden ist, mit dem Zugang zum Internet aber hoffentlich eine Verbesserung erfährt. Zum anderen ist ein Militarismus im Land zu spüren, der sich, wie die Journalisten schreiben, vor allem im Kult um den Zweiten Weltkrieg offenbart. Viele ziehen in ihren Artikeln einen Vergleich mit Deutschland und seinem Umgang mit diesem Thema, das die Erinnerung an den Krieg im Sinne einer Mahnung an die nächsten Generationen wachhält und nicht, wie in Russland, als Sinnbild der nationalen Stärke. Schließlich könnte man noch einen Aspekt anbringen, der unmittelbar die Meinung der Bevölkerung über die Zivildienstleistungen widerspiegelt: Prinzipiell sagen die Leute, dass derjenige, der den Armeedienst antritt, kein besonders kluger Mensch ist, derjenige aber, der den Zivildienst leisten möchte, um ein Zweifaches dümmer ist. Das hängt damit zusammen, dass die meisten nicht verstehen, wieso man so viel Zeit für einen sozialen Dienst an der Gesellschaft opfert, obwohl die Möglichkeit besteht, sich vom Dienst freizukaufen und die Zeit zu nutzen, um in einem anderen Bereich mehr Geld zu verdienen. Daraus resultieren auch die negativen Stereotypen über den Zivildienst, der in ihren Augen nur von ganz sonderbaren und weltentrückten Menschen abgeleistet wird.

Ich habe den Zivildienst gewählt,



weil...

Evgenij Platuchin, 22, Kantemirovka:

...ich kein Freund von Konflikten und Kampfhandlungen bin und der Militärdienst aus dir lediglich einen Soldaten, aber keinen Menschen macht.

Alexander Plotnikov, 26, St. Petersburg:

...ich jeden Tag die Möglichkeit habe, nach Hause zu fahren, und einen geregelten Arbeitsalltag habe - fern von jeglichen Militärcliquen und ihren Zwängen.

Dimitrij Kolataev, 24, Murmansk:

...ich Journalist bin und nicht ein Jahr aus dem Leben fallen möchte, um in einer Kaserne zu leben. Ich will meiner Arbeit parallel nachgehen können und wissen, was in der Welt passiert.

Pavel Skorik, 23, St. Petersburg:

...diese Art der Dienstleistung es mir ermöglicht, eine Persönlichkeit zu bleiben. Darüber hinaus bekomme ich faires Geld für meine Arbeit.

Michaail Klimov, 23, Moskau:

... ich Jurist bin und es mir fern steht, ein ärztliches Attest zu kaufen und die Korruption zu fördern. Zudem möchte ich mich nicht den hierarchischen Strukturen der Armee unterwerfen, sondern meine Meinungsfreiheit und mein privates Leben behalten.

Kirill Pastuchov, 23, Jekaterinburg:

...ich niemanden bestechen wollte, um dem Militärdienst zu entgehen. Außerdem sind mir Privatsphäre und der Schutz meiner Gesundheit wichtig, auf die in der Armee schwer zu hoffen ist.

Dmitrij Rudenko, 25, Murmansk:

...ich prinzipiell gegen Gewalt bin und denke, dass die Wehrpflicht heute keine Funktion mehr hat. Im Militärdienst machen die Rekruten in 90% der Fälle irgendwelchen Unsinn.

Die Soldatenmütter St. Petersburg

Im Gespräch Pressesprecher Alexander Peredruk

Die Nichtregierungsorganisation „Soldatenmütter St. Petersburg“ ist eine der führenden Menschenrechtsorganisationen in Russland, die sich für die Rechte der Wehrdienstleistenden einsetzt. In Reaktion auf die prekären Missstände und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der russischen Armee wurde die NGO Ende 1991 mit dem Ziel gegründet, eine unabhängige zivilgesellschaftliche Kontrollinstanz zu schaffen. Die Mitglieder der Soldatenmütter beraten jährlich tausende Soldaten, deren Grundrechte verletzt wurden. Sie vermitteln den Betroffenen medizinische Hilfe und klären sie und ihre Angehörigen über ihre verfassungsmäßigen Rechte auf. Darüber hinaus dokumentieren sie Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Armee, die von psychischer Peinigung über Misshandlung bis hin zu Totschlag reichen, um die Öffentlichkeit für diese Thematik zu sensibilisieren. Ein weiteres Anliegen der Soldatenmütter ist die Etablierung und Entwicklung des Zivildienstes im Land, da sie ihn als ein wesentliches Grundrecht erachten. Mit ihrer Arbeit leisten die St. Petersburger Soldatenmütter einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Der Einsatz der NGO wurde bereits mit zahlreichen internationalen Auszeichnungen gewürdigt, so unter anderem 2004 mit dem Aachener Friedenspreis und 2015 mit dem Hessischen Friedenspreis. Im Kontrast dazu wurden Ende August 2014 die St. Petersburger Soldatenmütter vom russischen Justizministerium in die Liste der „Ausländischen Agenten“ aufgenommen. Auslöser dafür war vermutlich die öffentliche Aufforderung der Vorsitzenden Ella Poljakowa an die russischen Behörden, sich zu den Meldungen über die Präsenz russischer Truppen in der Ostukraine zu äußern. Diese öffentliche Stigmatisierung stellt seitdem eine Beeinträchtigung für die Arbeit der Soldatenmütter dar.

Herr Peredruk, Sie haben selbst den Zivildienst abgeleistet. Warum haben Sie sich gegen den Wehrdienst und für den Zivildienst entschieden?

Als ich im Jahr 2008 den Wehrdienst antreten sollte, war genau zu diesem Zeitpunkt der Krieg mit Georgien eskaliert. In meiner Heimatstadt Murmansk habe ich daraufhin aktiv an Demonstrationen gegen den Krieg teilgenommen. Meiner Meinung nach trägt ein Krieg nicht zu einer wirklichen Lösung von Problemen bei, sondern führt lediglich die nächste kriegерische Auseinandersetzung nach sich. Ich habe zudem begriffen, dass der beste Schritt meine Abneigung gegenüber dem Militär zum Ausdruck zu bringen, nicht bloß in

der Verweigerung des Wehrdienstes bestehen sollte, sondern darin, einen alternativen Weg zum Militär einzuschlagen. Ich wollte meinen Dienst nicht an der Waffe absolvieren, sondern nützliche Leistung am Menschen erbringen. Von Freunden habe ich dann über den Alternativen Zivildienst erfahren. Als ich meinen Antrag auf Zivildienst beim Wehrkommissariat eingereicht habe, absolvierte lediglich ein Junge in ganz Murmansk den Zivildienst. Nach einem halben Jahr waren es fünf weitere Personen und weitere sechs Monate später waren es bereits zehn Zivildienstleistende in der Stadt. Das ist eine hohe Zahl, wenn man bedenkt, dass Murmansk eine bedeutende Militärstadt ist.



Ist eine solche Entwicklung in ganz Russland zu beobachten?

Ja, eine solche Tendenz kann man in ganz Russland beobachten. Jedoch ist zu betonen, dass es sich dabei nur um eine geringe Erhöhung der Anzahl an Zivildienstleistenden handelt.

War der Eintritt in den Zivildienst mit bürokratischen Schwierigkeiten verbunden?

Ich persönlich hatte keine Schwierigkeiten, den Zivildienst anzutreten. Mir wurde die Tätigkeit als Sanitäter im Krankenhaus von Murmansk zugewiesen. Meine Aufgabe bestand vorwiegend darin, Akten an ihren jeweiligen Ort zu bringen und Patienten zu ihren Zim-

mern und Untersuchungsräumen zu geleiten. Die Dienstzeit war von 8 bis 16 Uhr, also im Grunde genommen war es eine kurze Arbeitszeit. Die anschließende freie Zeit konnte ich dann immer zum Lernen nutzen, um mich auf meine Seminare vorzubereiten. Im selben Jahr habe ich nämlich mein Studium begonnen.

Wie positioniert sich der Staat zum Zivildienst?

Im Grunde hat der Staat keine Einwände gegen den Zivildienst. Es gibt jedoch einige Beamte, die die Entwicklung des Zivildienstes in Russland behindern. Einfach aufgrund der Tatsache, dass sie nicht verstehen, welchen Gewinn der Zivildienst für die Gesellschaft



„Ich gehe nicht in die Armee“ - Aufschrift auf der Tür des Wehrkommissariats von Murmansk

bringt. Wenn zum Beispiel jemand den Wehrdienst nicht ableisten möchte, dann versucht er sich auf legalem oder illegalem Weg davon zu befreien. Anstatt jedoch die Korruption zu fördern, sollten mehr Menschen darüber informiert werden, dass sie eine Alternative zum Wehrdienst haben.

Wie denken die russischen Bürger über den Zivildienst?

Hierzu kann ich Ihnen nur meine subjektive Meinung mitteilen, da ich vorwiegend mit Leuten Kontakt habe, die sich wegen des Zivildienstes an mich wenden. Deshalb habe ich persönlich das Gefühl, dass der Dienst positiv wahrgenommen wird. Gleichzeitig denke ich aber, dass die Mehrheit der russischen Bürger dem Zivildienst gleichgültig gegenübersteht. Natürlich gibt es auch Leute, die negativ eingestellt sind, da sie der Überzeugung sind, dass es die Pflicht eines Mannes sein sollte, den Wehrdienst zu durchlaufen.

Wie hat Ihr Umfeld darauf reagiert, dass Sie sich für den Zivildienst entschieden haben?

Die Mehrheit hat sehr positiv darauf reagiert. Natürlich gab es einige, die meine Entscheidung hinterfragt haben, aber ich würde sagen, das lag daran, dass sie keine Vorstellungen von meiner Tätigkeit hatten. Aber es gab keine aggressiven Reaktionen.

Im russischen Alltag ist das Militär sehr präsent, sei es durch die zahlreichen Kriegsdenkmalen oder durch die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Denken Sie, dass diese Präsenz der Entwicklung des Zivildienstes schadet?

Das hat zweifellos eine Auswirkung auf den Zivildienst. Es wirkt sich aber nicht auf die Leute aus, die den Zivildienst antreten wollen, sondern auf die, die sich mit den Fragen des Zivildienstes als Alternative zum Wehrdienst generell auseinandersetzen. Außerdem findet man oft negative Kommentare in den sozialen

Netzwerken, manchmal entwickeln sich sogar Streitgespräche in Foren. Das hat natürlich zur Folge, dass Druck auf die Leute ausgeübt wird, die den Zivildienst absolvieren wollen. Wenn man vom „Kult des Starken“ spricht, dann ist es schon so, dass dieser einigen Leuten Anstoß gibt, zur Armee zu gehen. Aber für den Zivildienst ist er nicht so eine starke Beeinträchtigung.

Warum entscheidet sich dann lediglich ein Prozent eines Einberufungsjahrgangs für den Zivildienst?

Das ist vorwiegend ein Problem des Systems. Ein großes Problem besteht darin, dass bei der Wehrkommission kaum Informationen zum Zivildienst vorzufinden sind. Des Weiteren ist es ein großes Hindernis, dass falsche Informationen zum Zivildienst kursieren. Beispielsweise, dass man den Zivildienst in Sibirien ableisten muss. Ich glaube nicht, dass diese Informationen absichtlich verbreitet werden, sondern dass solche Informationen einfach weitergegeben werden ohne sich vorher darüber zu informieren, ob es auch der Wahrheit entspricht. Das ist im Allgemeinen ein großes Problem in Russland.

Natürlich besitzt die Armee auch aufgrund ihrer Geschichte ein großes Ansehen in Russland, so dass sich viele lieber für den Wehrdienst als für den Zivildienst entscheiden. Erst recht, wenn sie hören, dass der Zivildienst neun Monate länger dauert. Sie sehen es als eine Art Zeitverschwendung und nicht als einen Dienst an der Gesellschaft.

Wie hat sich das Gesetz der ausländischen Agenten auf die Organisation der Soldatenmütter ausgewirkt? Hat es Ihre Arbeit erschwert?

Ohne Zweifel ist es im Großen und Ganzen für uns schwerer geworden. Vor dem Eintritt dieses Gesetzes wäre niemand auf die Idee gekommen, NGOs in Russland zu beschuldigen, dass sie zerstörerisch handeln würden. Natürlich hat es immer Kritik gegeben und diese war nie objektiv und entsprach nicht immer den Tatsachen, aber generell war die Arbeit einfacher. Jetzt ist es schwierig, man stößt immer

mit der öffentlichen Meinung aufeinander. Man sollte aber darüber nachdenken, inwiefern diese Meinung gesellschaftlich verankert ist und inwiefern sie der Realität entspricht. So bewerten nach Ergebnissen einer soziologischen Untersuchung 75% der Befragten in Petersburg unsere Arbeit als positiv. Und die Bekanntheit der Organisation ist ähnlich, ungefähr 70% kennen unsere Organisation. Deswegen ist es sehr schwer zu sagen, inwieweit diese „öffentliche Meinung“ der Realität entspricht. Aber im Allgemeinen hatte das Gesetz natürlich Einfluss, weil etwa die Beziehung der Wehrdienstleistenden zu uns sich verschlechtert hat. Es ist zweifellos schwerer geworden, zu arbeiten, aber wir haben noch zu tun.

Denken Sie, dass die aktuellen politischen Entwicklungen in Russland einen Einfluss auf den Zivildienst haben?

Ja, ohne Frage hat dies einen Einfluss auf den Zivildienst. Momentan ist eine deutliche Propaganda für das Militär im Land zu spüren. Es zeigt sich zurzeit auch die Tendenz, dass mehr Männer als üblich den Wehrdienst ableisten wollen. Zwar betreibt der Staat derzeit aktiv Werbung für das Militär, doch ist andererseits in keiner Weise festzustellen, dass die Regierung versucht, direkt einen negativen Einfluss auf den Zivildienst auszuüben.

Wie schätzen Sie die Entwicklung des Wehrdienstes ein? Könnte die Wehrpflicht in den kommenden Jahren eventuell abgeschafft und eine reine Berufsarmee eingeführt werden?

Ich denke diese Entwicklung wird bestimmt irgendwann in Russland eintreten, aber nicht in der kommenden Zeit. Vielleicht wird es noch zwei bis drei Jahre dauern, bis ein solcher Entwicklungsprozess einsetzt. Das wäre ein sehr wichtiger Schritt, wenn die Wehrpflichtigenarmee gegen eine ausschließliche Berufsarmee ersetzt werden würde. Hierdurch würden nur diejenigen zum Militär gehen, die diesen Wunsch auch hegen.

Fotos: © Soldatenmütter St. Petersburg

Was ist ein richtiger Mann?

Vom Mannwerden im Militär- und Zivildienst



Für die frühere Sowjetunion hatten das Militär und die „heilige Pflicht“ eines jeden Mannes, seinem Vaterland zu dienen, einen hohen Stellenwert. Mit der Transformation des Systems und der Lockerung der Zensur traten die Schattenseiten dieser Wehrpflicht und der prestigereichen Institution, in der laut offizieller Rhetorik brüderliche Kameradschaft und Disziplin ihren angestammten Platz haben sollten, immer häufiger in den Vordergrund. Die desaströsen Verwicklungen in Afghanistan, die Entsendung von jungen Rekruten in den Tschetschenien-Krieg, aber auch die grausamen, internen Praktiken der Rekrutenschinderei, bekannt als Dedowschtschina, hatten in der Phase des sozialen und politischen Umbruchs dazu beigetragen, dass viele junge Männer und ihre besorgten Eltern nach einem Weg

suchten, sich der Einberufung in die Armee zu entziehen. Auch heute lässt sich die Angst vor dem Wehrdienst und die Praxis der informellen Umgehung, trotz Militärreform und dem Wiedererstarken eines nationalpatriotischen Erziehungsprogramms, deutlich beobachten.

In Anbetracht dieser Entwicklungen scheint die Etablierung des Zivildienstes als eine legale Möglichkeit, den Wehrdienst zu entkommen und gleichzeitig seinen Dienst für Staat und Gesellschaft abzuleisten, ein logischer Schritt zu sein, an dem alle Seiten gleichermaßen interessiert sein müssten. Dennoch steckt dieser Ansatz noch in seinen Anfängen. Auch wenn hierfür eine Vielzahl an Gründen angeführt werden kann, springt ein Hemmfaktor besonders ins Auge: die tradier-

te sowie ungebrochene Verknüpfung von Militär und Männlichkeit.

Betrachtet man das Militär als eine Institution, die im Zuge des Nationsbildungsprozesses ihre Machtstrukturen grundlegend mit dem männlichen Geschlecht verknüpfte und auch heute einer der letzten Orte ist, in denen Männer ein nahezu unangefochtenes Monopol an Macht und Einfluss haben, so erklärt das nicht nur die anhaltende Attraktivität der Armee als Hort reiner Männlichkeit für manche junge Männer, sondern auch die kulturelle Bedeutung dieser Verknüpfung für die gesamtgesellschaftlichen Geschlechterkonstruktionen. Das Übergreifen des militärischen Männlichkeitsideals über den funktionalen Bereich des Militärischen hinaus, ermöglicht es, dass der Großteil der russischen Gesellschaft die Skandale und die teilweise menschenunwürdigen Bedingungen in der Armee zwar verurteilt und als Begleiterscheinung zu beseitigen wünscht, das Militär aber nicht im Sinne einer patriarchalen und männlichen Sozialisationsinstanz grundsätzlich in Frage stellt.

Der Grund für diese dauerhafte Verknüpfung von Militär und Männlichkeit liegt aber auch in ihrer fortwährenden Reproduktion und Repräsentation begründet. Für das Militär, das die alten Werte und Ordnungssysteme in Anbetracht der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte bewahren möchte, ist die (zwanghafte) Einberufung von jungen Männern zum Wehrdienst essentiell. Dieses Instrument gewährleistet nicht nur die ständige gesellschaftliche Einbindung und Sozialisation der neuen Generation, sondern auch, dass der Militärdienst als Initiationsritual für das Mannwerden nicht an Bedeutung verliert. Darüber hinaus präsentieren die Armee und die politische Führung auch auf symbolischer Ebene den „wehrhaften Mann“ als wesentlich für die Verteidigungsfähigkeit und die Aufrechterhaltung des Staates. Hierfür bedienen sie sich einer Geschichtspolitik bzw. Erinnerungskultur, die mit ihren Fokus auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ nicht nur den heroischen Sieg als wichtigste nationale Errugenschaft unterstreicht, sondern auch gesellschaftliche Positionen hinsichtlich der Generation und des Geschlechts definiert. Dabei werden Männer idealtypisch und systematisch auf der Seite von Militär, Krieg und Gewalt und Frauen

auf der Seite des Zivilen, des Privaten und der Friedfertigkeit positioniert sowie gleichzeitig das Weibliche, Zivile und Private als unorganisiert, staats- und machtfern hierarchisiert.

Wenn aber der Militärdienst als Initiationsritus für das Mannwerden – sieht man von dem Aspekt des loyalen Staatsbürgers ab – von der Gesellschaft nach wie vor und in erster Linie von den Vätern akzeptiert wird, wie verhält es sich dann mit den jungen Männern, die versuchen die Einberufung gänzlich zu vermeiden oder den Zivildienst in Anspruch nehmen? Müssten sie nicht einen Bruch mit dem militärischen bzw. traditionellen Männlichkeitsbild vollziehen? Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten und für die jeweilige Gruppe der Wehrdienstverweigerer womöglich nicht identisch: Diejenigen, die auf informelle Praktiken ausweichen, können in der Regel durch ihre Familie auf finanzielle Ressourcen oder auf persönliche Beziehungen zurückgreifen und gehören damit tendenziell zu einer Gesellschaftsschicht, die Zugang zu Machtstrukturen hat. Dieser Zusammenhang muss nicht zwangsläufig ein Indiz dafür sein, dass diese Gruppe dem militärischen Männlichkeitsbild zugeneigt ist, vor allem wenn der Unmut über die Praktiken im Militär als Grund für die Verweigerung angeführt werden. Man könnte jedoch davon ausgehen, dass ihr Männlichkeitsentwurf ebenso wenig oder vielmehr nicht offenkundig mit den traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit bricht. Letztendlich gibt es dazu aber keine Untersuchungen, die diese Frage gänzlich klären könnten.

Bei den Zivildienstleistenden sieht die Lage dagegen anders aus. Für sie kommt das Ausweichen auf informelle Praktiken entweder aus Mangel an den eben genannten Ressourcen oder aus ideellen Gründen nicht in Frage. In einigen Fällen können sie sich nicht einmal auf die aktive Unterstützung der eigenen Familie verlassen. Grundsätzlich fällt jedoch auf, dass diejenigen, die ihren Anspruch auf Zivildienst mit Hilfe von Menschen- oder Bürgerrechtsgruppen durchsetzen, zu den Informationsveranstaltungen über den Zivildienst vorwiegend in Begleitung ihrer Mütter oder Großmütter erscheinen. Die Nähe zur Familie und insbesondere zu einem weiblichen Umfeld, die der Zivildienst mit sich bringt,

muss bei der Männlichkeitskonstruktion der Zivildienstleistenden folglich eine Rolle spielen, die über eine reine Abgrenzung der Geschlechter hinausgeht. Diese Distanzierung ist gerade auch deshalb nicht möglich, weil die Zivildienstleistenden während ihrer Dienstzeit in der Regel zu Hause wohnen und nicht selten in sozialen Pflegeeinrichtungen eingesetzt werden, die traditionell von weiblichen Beschäftigten dominiert werden. Damit steht ihre Lebenswelt in starkem Kontrast zu der Praxis im Militär, die die jungen Rekruten von ihren Familienmitgliedern isoliert und dem weiblichen Kontakt nicht nur entzieht, sondern alles Weibliche als Abweichung von der gewünschten, männlichen Norm definiert.

Doch wenn nicht das Weibliche als primäre Negativ-Folie für das Männlichkeitskonzept der Zivildienstleistenden dient, wie definieren sie ihre Männlichkeit dann? Die Interviews mit den Zivildienstleistenden zeigten, dass die Abgrenzung zu den Soldaten – ohne die Wehrdienstleistenden zu verurteilen – dabei eine wichtige Funktion übernimmt. Dem zur Gewalt Erzogenen, Gleichgeschalteten und durch die Armee entmenslichten „Mann“ stellen die Ersatzdienstleistenden ein Identitätskonzept entgegen, das die eigene Persönlichkeit, die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Privatheit in den Fokus stellt. Dabei fällt auf, dass bei den genannten Stichpunkten das „Männliche“ hinter das allgemein Menschliche zurücktritt und damit das Mannsein nicht klar markiert wird. Andere Aspekte, die herausgestellt wurden, wie der Verweis auf ihren Bildungsgrad bzw. die Möglichkeit, sich während der Dienstzeit parallel weiterzubilden sowie das vergleichsweise höhere Gehalt werteten die Zivildienstleistenden als einen Vorteil, der sich hingegen eindeutiger in den Bahnen eines männlich definierten Wettbewerbs bewegte. Dazu passt auch die Aussage, dass der Wehrdienst noch schlechter als der Zivildienst in die eigene berufliche Laufbahn integrierbar sei.

Auch gegenüber den Dienstpflichtigen, welche auf informellem Wege dem Wehrdienst entgegen, grenzten sich die „Alternativen“ folgendermaßen ab: Der weit verbreiteten Auffassung, die Zivildienstleistenden seien eher naive und nicht

besonders kluge Sonderlinge, die nicht wissen, wie man das Gesetz und die Regeln umgeht – ein Wissen, das nicht nur in Bezug auf Männer als positiv gewertet wird – entgegneten die jungen Männer mit der Betonung ihrer juristischen Fachkenntnisse, der guten Vorbereitung und der Fähigkeit, alle bürokratischen Hürden und Einschüchterungsversuche zu bewältigen. Diese hervorgehobene Durchsetzungskraft und Standhaftigkeit verbindet sie, bewusst oder unbewusst, wiederum mit wesentlichen Eigenschaften einer militärisch definierten Männlichkeit, was ein Zivildienstleistender klar zum Ausdruck brachte: In der Beschreibung seiner Schwierigkeiten auf dem Weg zum Zivildienst bediente er sich nicht nur einer Metaphorik, die aus dem militärischen Bereich entlehnt war, er bezeichnete seine Situation auch als eigens erklärten „Krieg gegen das Wehrkommissariat“.

Ein ähnlich komplexes Bild ergab die Befragung von Zivildienstleistenden, die nach erfolgreichem Antrag ihren Dienst in einer sozialen Pflegeeinrichtung absolvieren müssen. Während einige Ausführungen zeigten, dass die Zivildienstleistenden die Arbeit in einem weiblichen Kollektiv einer „Militärclique“ vorziehen und die sozial anspruchsvolle Tätigkeit, beispielsweise als Krankenpfleger, durch das entgegengebrachte „menschliche Danke“ als erfüllend empfinden, bestätigten andere eine gewisse Verbundenheit mit der, wenn nicht militärischen, so doch einer traditionellen sowie rigiden Vorstellung von Männlichkeit, indem sie die Arbeit als klassische Pflegekraft für einen jungen Mann als unzumutbar bewerteten. Dementsprechend berichteten einige der Jungen von Abteilungswechseln innerhalb der Einrichtung oder von Aufgabenverlagerungen zugunsten Tätigkeiten rein logistischer oder handwerklicher Natur, die den eigenen Kompetenzen adäquat erscheinen. Darüber hinaus verdeutlicht dieser Umstand, dass auch die Arbeitgeber den Zivildienst für die jungen Leute möglichst attraktiv gestalten wollen und die schwere Arbeit im Pflegebereich, verständlicherweise aufgrund des Mangels an Erfahrung, aber auch da diese Tätigkeit in der Regel von weiblichen Beschäftigten erledigt wird, ausklammern. Die gleiche Haltung lässt sich auch bei den interviewten Experten feststellen, die in ihrer Auf-

klärungsarbeit immer wieder betonen, dass die Zivildienstleistenden nicht zwingend in sozialen Pflegeeinrichtungen bzw. als klassische Pflegekraft eingesetzt werden müssen, um den Dienst von seinem negativen Image zu befreien.

Insgesamt ergab die Auswertung der Interviews, dass die Zivildienstleistenden die rigiden Geschlechtervorstellungen zu einem gewissen Grad aufbrechen und ein alternatives Männlichkeitsbild im Kontrast zur militärisch definierten Norm generieren, das sich weder durch eine klare Abgrenzung zum Weiblichen, noch einer starken „männlichen“ Schablone bedient. Vielmehr rücken sie verstärkt das eigenwillige Individuum und seine Persönlichkeit im Kontrast zum Wehrdienstleistenden in den Vordergrund und stellen dem „Kult

des Starken“ ihre Intelligenz, Aufgeklärtheit sowie das Prinzip der Gewaltlosigkeit entgegen. Gleichzeitig bleiben die jungen Männer dem traditionellen Männlichkeitsbild in einigen Punkten verbunden. Das Bemühen der Zivildienstleistenden, ihre Männlichkeit durch Eigenschaften wie das staatsbürgerliche Pflichtbewusstsein, ihre Durchsetzungskraft und „Kampfbereitschaft“ zu markieren, kann als Ausgleichsversuch gewertet werden, der sie dem militärischen Ideal nicht vollständig entrücken soll. Zudem kann die Bevorzugung von „männlichen“ Tätigkeiten im Rahmen ihres Dienstes als eine Abwehrhaltung gegenüber dem Stereotyp eines „cross-gender-freaks“ verstanden werden, der aus der Nähe der Zivildienstleistenden zu einem weiblichen, sozialen und friedliebenden Umfeld resultiert.



Foto: © Stratievskij



ября -
День
нтности.
аем!

Eine Frau gegen das Militär

Im Gespräch Elena Popova

Kaum eine andere Persönlichkeit ist mit den Anfängen und Anstrengungen des Zivildienstes so vertraut wie Elena Popova. Nach fünf Jahren Pressearbeit für die Soldatenmütter St. Petersburg engagiert sie sich heute als unabhängige und militärkritische Aktivistin für die Rechte von Wehrpflichtigen, die sich bewusst gegen den Militärdienst und für einen alternativen Zivildienst entscheiden. Sie ist eine Expertin, die über die Lage der Zivildienstleistenden nicht aus Statistiken oder Büchern weiß, sondern unmittelbar an ihren Problemen Anteil nimmt und vielfältige Unterstützung bietet. Auf ihrem Weg zum Zivildienst steht Sie den jungen Männer mit Rat und Tat zur Seite, organisiert Seminare, hilft bei Anträgen und begleitet sie zu den gefürchteten Terminen bei der staatlichen Einberufungskommission. Im Rahmen ihrer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit pflegt sie mehrere Gruppen in den sozialen Medien und veröffentlicht dort regelmäßig Sendungen, in denen sie mit zugeschalteten Gästen rund um das Thema Wehrdienstverweigerung und Zivildienst spricht. Bei all ihren Bemühungen folgt sie stets der Devise, dass niemand gegen seinen Willen, in die Armee eingezogen werden kann. Ihre Erfahrung, ihr praktisches Wissen sowie ihr direkter Kontakt mit den Zivildienstleistenden machten sie zu einer interessanten und überaus sympathischen Interviewpartnerin, die in unserem Gespräch über die erlebten Schwierigkeiten berichtet.

Frau Popova, warum haben Sie sich dafür entschieden, ihre Arbeit unabhängig von der Organisation der Soldatenmütter fortzusetzen?

Zum einen wollte ich mich ausschließlich auf die Problematik der bewussten Wehrdienstverweigerung bzw. des Zivildienstes fokussieren. Da die Soldatenmütter in erster Linie eine Menschenrechtsorganisation ist, die mit vielen verschiedenen Rechtsverletzungen, unter anderem auch von Wehrpflichtigen, die bereits in der Armee dienen, betraut wird, war mein persönliches Anliegen, die jungen Leute bei ihrer bewussten Wehrdienstverweigerung zu unterstützen, in gewisser Weise eingeschränkt. Zum anderen wollte ich, entsprechend diesem Anliegen, nicht nur Anlaufstelle für die Wehrpflichtigen sein, sondern aktiv und im Vorfeld für die Ideale der Wehrdienstverweigerer eintreten und eine Bewegung in Gang bringen, die letztendlich und damit

grundsätzlich gegen die Einberufung gerichtet ist. Deshalb haben meine politischen und militärkritischen Aktionen auf der Straße und in den sozialen Medien oft offizielle Beschwerden seitens der Wehrkommissariate nach sich gezogen, die der ganzen Organisation geschadet haben.

Was genau hat Sie auf diese spezielle Thematik gebracht? Warum engagieren Sie sich heute so leidenschaftlich für diese jungen Männer?

Im Prinzip habe ich schon immer mit den Ideen des Pazifismus sympathisiert. Zu Sowjetzeiten galten Pazifisten jedoch als naive Idealisten und wurden absolut nicht ernst genommen, weshalb ich das damals selbst als etwas nicht Reales verinnerlicht habe. Als ich aber Bekanntschaft mit den Soldatenmüttern in St. Petersburg gemacht und an ihrem Seminar über Menschenrechte teilgenommen

habe, hörte ich das erste Mal einige Worte zum Zivildienst. Ich verstand anfänglich überhaupt nicht, was das ist und wandte mich an die Soldatenmütter mit dem Vorschlag, sich diesem Thema mehr zu widmen. Diese vertraten zum damaligen Zeitpunkt jedoch noch die Ansicht, dass der Zivildienst als eine weitere Form des Zwangsdienstes ebenso wie der Wehrdienst besser durch Zuhilfenahme von medizinischen Ausschlusskriterien umgegangen werden sollte. Es stellte sich mir daher die Frage, was mit den Wehrpflichtigen passiert, wenn keine objektiven gesundheitlichen Probleme aufzufinden sind. Einerseits besteht zwar die Möglichkeit, sich durch Anwälte, die in Kontakt zum Wehrkommissariat stehen, von der Wehrpflicht freizukaufen, andererseits schienen mir all diese Lösungsansätze nicht ganz ausgereift und lediglich als provisorische Maßnahmen akzeptabel.

„Ich wollte eine Bewegung in Gang bringen, die grundsätzlich gegen die Einberufung gerichtet ist.“

Ausschlaggebend für meine Überzeugung, mich mit dem Zivildienst intensiver zu beschäftigen, war allerdings der Moment, als ich in den ersten Tagen meiner Tätigkeit bei den Soldatenmüttern an einem Seminar teilnahm, das Herr Krivenko leitete. In dieser Informationsveranstaltung zum Zivildienst, zu der auch Vertreter der Wehrkommission und interessierte Arbeitgeber geladen wurden, machte er den Anwesenden begreiflich, dass der Zivildienst eine reale Sache ist, die nicht nur aus religiösen oder pazifistischen Gründen in Anspruch genommen werden kann, sondern laut Gesetz gleichermaßen Bürgern mit verschiedenen Motiven zugänglich ist. Er erklärte auch, dass der Zivildienst der Psychologie des Menschen und ihren Schutzmechanismen mehr Rechnung trägt, als der zum Scheitern verurteilte Versuch, einen Menschen, der überhaupt nicht in die Armee will, in diese einzuziehen. Diese Ausführungen und Gedanken leuchteten mir sofort ein und wurden zu meinen eigenen. Mit meinen Kollegen konnten wir uns schließlich darauf einigen, dass der Zivildienst in den Seminaren einen größeren

Platz einnimmt und so dauerte es ein wenig bis sich endlich jemand dafür entschied, einen Antrag auf Zivildienst zu stellen.

Welche Hürden müssen die Zivildienstleistenden auf ihrem Weg zum Zivildienst bewältigen?

Als wir das erste Mal einen jungen Mann ganz „feierlich“ zum Einreichen seines Antrages zum Wehrkommissariat begleiteten, wurde mir klar, dass das was im Gesetz klar beschrieben ist, in der Realität nicht so einfach zu erreichen ist. Bei jedem Schritt ereigneten sich irgendwelche unvorhergesehenen Schwierigkeiten - wir betraten damals noch unbeschränkte Wege. Die Probleme fingen schon bei der Einreichung des Antrages an. Keiner fühlte sich für diese Angelegenheit, von der die meisten noch nicht einmal etwas gehört haben, zuständig und verwiesen uns ständig auf eine andere Anlaufstelle. Zudem gibt es eine Frist, die ein halbes Jahr vor der Einberufung zu beachten ist, die anfangs von uns nicht eingehalten wurde. Das größere Problem waren allerdings die Willkür und die Tricks der Wehrkommissariate, die die Anträge entweder unterschlagen haben oder negative Urteile nicht schriftlich beglaubigt hatten, sodass die Anwärter im Falle einer Ablehnung gar nicht erst vor Gericht ziehen konnten.

Auch die Darlegung der eigenen Überzeugungen vor der Kommission stellte sich als überaus schwierig heraus. Nicht nur dass die Einberufungskommission die jungen Männer massiv einschüchterte, sie akzeptierten auch ihre Gründe für die Wehrdienstverweigerung nicht, wenn sie nicht klar beweisen konnten, dass sie aus tiefen religiösen oder pazifistischen Motiven handelten. Die Abneigung gegen die Armee, die Angst vor Gewalt oder die Überzeugung, dass die Wehrpflicht schlicht keinen Sinn für die jungen Männer macht und sie ihre Persönlichkeit nicht den Zwängen und Ritualen der Armee unterwerfen wollen, entsprachen ihrer Meinung nach nicht einer „Weltanschauung“, die dem Militärdienst grundsätzlich widerspricht. Für diese Leute gilt nach wie vor, dass jeder Mann, wenn er denn ein richtiger Mann sein möch-



te, bei der Armee gewesen sein und mit einer Waffe umgehen muss. In Anbetracht der Tatsache, dass die Leute bei der Kommission von vornherein eine feste Meinung haben und die Anhörungen zum Teil nicht ernst nehmen, ist es unmöglich sie zu überzeugen. Deswegen sage ich den jungen Männern immer, dass sie auf Unverständnis und Ablehnung gefasst sein und gar nicht erst versuchen sollen, sie umzustimmen oder auf ihre provokativen Fragen einzugehen. Ihre Aufgabe ist es lediglich ruhig und sicher ihren Standpunkt darzulegen. Dass gerade dieses Selbstvertrauen und die Fähigkeit, dem Druck standzuhalten, für so junge Menschen eine große Herausforderung darstellt, der sie noch nicht gewachsen sind, ist nachvollziehbar.

„Da laut Gesetz Zeugen zu den Anhörungen zugelassen sind, kommen wir gerne in einer großen Gruppe, um dem Gefühl der Ohnmacht der Jungen entgegenzuwirken.“

Besonders die jungen Leute aus den Provinzen, da sie wenig Erfahrung im Umgang mit den offiziellen Instanzen haben, ängstigen sich davor, sich mit dieser Maschinerie anzulegen, vor Gericht zu ziehen, Dinge zu tun, die ihre Eltern nicht getan haben. Unsere Aufgabe

besteht deshalb darin, die angehenden Zivildienstleistenden so gut wie möglich vorzubereiten und zu unterstützen.

Welche Strategien haben Sie entwickelt? Konnten Sie schon Erfolge erzielen?

Mit der Zeit haben wir mehr Material zu diesem Thema zusammentragen können, es gibt Ratgeber und Literatur nicht nur zu den formalen Abläufen und Gesetzen zum Zivildienst, sondern auch zu den Problemen, die abseits davon auftreten können. Es haben sich auch Praktiken bewährt, die wir im Rahmen der beschriebenen Schwierigkeiten und in Reaktion auf diese entwickelt haben. Beispielsweise haben wir angefangen die Anhörungen bei der Einberufungskommission auf Video aufzunehmen, um Regelverletzungen zu dokumentieren, auch wenn das oft auf Widerstand stößt. Wir nutzen diese Aufnahmen ebenso als Vorbereitungsmaterial für interessierte Anwärter, damit sie sich vorab ein Bild machen können und auf die gängigen Fragen und Einschüchterungsversuche zu reagieren wissen. Da laut Gesetz Zeugen zu den Anhörungen zugelassen sind, kommen wir gerne in einer großen Gruppe, um dem Ungleichgewicht bzw. dem Gefühl der Ohnmacht der Jungen entgegenzuwirken. Besonders hilfreich waren jedoch die

positiven Rechtsurteile, die im Laufe der Zeit zugunsten der Zivildienststanwärter gefällt wurden und somit als Präzedenzfälle vor Gericht herangezogen werden können.

Um einen größeren Kreis zu erreichen, sprich auch für Jugendliche aus der Provinz erreichbar zu sein, versuchen wir zudem unsere Online-Präsenz auszubauen und regelmäßige Online-Konsultationen durchzuführen. Selbstverständlich können wir mit unserer Arbeit keine breite Öffentlichkeit erzeugen oder den sich beinahe selbstreproduzierenden gesellschaftlichen „Mythen“ und negativen Stereotypen entgegenwirken, vor allem wenn nur ein paar wenige Menschenrechtsorganisationen sich mit diesem Thema beschäftigen.

Dennoch läge es meiner Meinung nach in unserer Macht, den Stein zumindest ins Rollen zu bringen. Letztendlich sind es aber die jungen Leute selbst, die diese Anliegen voranbringen müssen.

Was schließlich den Erfolg unserer Kampagnen angeht, so kann man diesen womöglich daran ablesen, dass die Motive für den Zivildienst immer vielfältiger werden. Zudem hat sich das Recht auf Zivildienst als erfolgreicher Mechanismus herausgestellt, die Einberufung durch laufende Verfahren so lange wie möglich aufzuschieben.

Fotos: © Elena Popova



Demonstration der Wehrdienstverweigerer am 1. Mai 2015 in St. Petersburg

Alle wichtigen Informationen und Kontakte

Allgemeine Informationen:

agsinfo.ru

army-hr.ru

soldiersmothers.ru

stoparmy.ru

realarmy.org

nis-army.org/en

Soziale Netzwerke:

vk.com/ags_sm

vk.com/haveright

vk.com/soldiersmothers

vk.com/ags_popova

Der Zivildienst im postsowjetischen Vergleich

In nicht allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gibt es einen Zivildienst mit klarer Vollzugsordnung wie in Russland. In manchen gibt es sogar gar keine Möglichkeit, den Zivildienst zu absolvieren. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde der Zivildienst in den meisten postsowjetischen Ländern in den Verfassungen festgeschrieben. Tatsächlich eingeführt wurde dieser aber erst viel später, beziehungsweise gar nicht. Wir geben einen kleinen Überblick.

Der Zivildienst existiert in Russland seit 2004. Im postsowjetischen Vergleich ist das verhältnismäßig spät. Die Vorreiter sind Usbekistan und Kirgistan 1992, die Ukraine 1996 und Moldawien 1994, wo seit Inkrafttreten der Verfassung Zivildienst auch ohne ein entsprechendes Gesetz durchgeführt wird. In Usbekistan wurde das Gesetz 2003 wieder abgeschafft und 2016 wird Weißrussland der Gemeinschaft der postsowjetischen Länder mit klar geregelter Zivildienst beitreten.

Sonderfall Kirgistan

Ein Land unter den postsowjetischen Ländern mit Zivildienst sticht in seinen Regelungen heraus: Kirgistan. Während sonst die individuellen Überzeugungen als Argument gegen den Wehrdienst im Vordergrund stehen, sind es in Kirgistan hauptsächlich familiäre Gründe. Das heißt, dass Nachkommen aus kinderreichen Familien und Halbwaisen den Zivildienst wahrnehmen können. Dies gilt auch, wenn der Einberufene der Hauptnährer der Familie ist und in der mindestens eines der Elternteile schwerbehindert ist. In Kirgistan dürfen darüber hinaus Männer, die vorbestraft oder wegen einer Straftat verurteilt sind, den Wehrdienst nicht leisten und müs-

sen stattdessen den Zivildienst wählen. Auch bekommen Zivildienstleistende kein Gehalt, sondern müssen im Gegenteil einen Teil ihres ursprünglichen Arbeitsgehalts dem Verteidigungsministerium überweisen.

Befreiungsgründe und Dauer im Vergleich

Abgesehen von diesem Fall sind in den anderen Ländern, in denen es Zivildienst gibt, die akzeptierten Gründe meistens religiöser Natur. Nur in Russland und Moldawien werden auch pazifistische, ethische oder moralische Überzeugungen akzeptiert. Länderübergreifend ist die Altersspanne der Wehrpflichtigen in der Regel zwischen 18 und 27 Jahren. Manche Länder unterscheiden zudem bei der Dauer des Dienstes zwischen Menschen mit akademischer Bildung und solchen ohne akademischen Grad. So dauert der Dienst in Moldawien, dem Land mit der kürzesten Dauer, für Akademiker 6 Monate und für jene ohne Hochschulbildung 12. Am längsten dauert der Zivildienst in Weißrussland mit bis zu 36 Monaten und in Armenien mit bis zu 42 Monaten.

In den meisten Ländern gibt es keine klare Vollzugsordnung

Dass der Zivildienst als Möglichkeit in der Verfassung erwähnt wird, heißt noch nicht, dass er faktisch auch vollzogen wird. Wie oben schon erwähnt, gibt es lediglich in Russland, der Ukraine, Moldawien und Kirgistan und ab 2016 in Weißrussland eine klare Vollzugsordnung. In Lettland existiert beispielsweise nur ein Gesetzesentwurf und in Estland ist der Zivildienst im Gesetz zum Wehrdienst geregelt. In Litauen ist die Wehrpflicht und damit auch der Zivildienst 2008 abgeschafft, mit der Ukraine-Krise aber vorübergehend wieder

eingeführt worden. Zudem ist der Anteil der jungen Männer, die im Baltikum zum Wehrdienst einberufen werden gering, aber die Anzahl der vom Dienst Befreiten oder jenen, die eine Gesetzeslücke gefunden haben, um ihn zu umgehen, hoch. Ebenso existiert in Georgien, Armenien und Aserbaidschan keine klare Vollzugsordnung. Als Folge sind in Aserbaidschan in der Vergangenheit Zivildienstanwälter als Kriegsdienstverweigerer angeklagt worden. In Tadschikistan hingegen, wo gar kein Gesetz zum Zivildienst existiert, wird lediglich von der Möglichkeit eines Zivildienstes gesprochen. Im Großen und Ganzen macht eine klare Vollzugsordnung allein aber noch keine Zivildienstleistenden. Wenn der Ersatzdienst wie in Weißrussland 36 Monate anstelle von 18 Monaten Wehrdienst beträgt, werden sich womöglich nicht viele Leute dafür entscheiden.

Die Entwicklung in der Ukraine

Wie bereits erwähnt, ist in der ukrainischen Verfassung seit 1996 das Recht auf einen Zivildienst verankert. Trotz einer Mitgliedschaft im

Europarat und den dort genannten Verpflichtungen ist dieses Recht bisher nur Angehörigen von registrierten religiösen Gemeinschaften zugänglich gewesen. Allerdings war dieser Umstand bis zum Ausbruch der aktuellen kriegesischen Auseinandersetzungen nicht sehr problematisch, da die Einberufungszahlen bis zur Abschaffung der Wehrpflicht Ende 2013 nicht besonders hoch waren. Die Lage änderte sich drastisch mit der Eskalation des Konflikts. Im Mai 2014 führte die provisorische Regierung unter Alexander Turtschynow die Wehrpflicht wieder ein. Mit der Einleitung von ersten umfassenden Mobilmachungen wurden auch die Regelungen zur Einberufung geändert. So gibt es seit Januar 2015 eine Einberufung von allen wehrpflichtigen Männern zwischen 20 und 60 Jahren sowie von Frauen mit einer militärischen Ausbildung von 20 bis 50 Jahren. Vom Dienst befreit werden, kann nur noch, wer aus medizinischen Gründen ausgemustert worden ist. Da es keine legale Möglichkeit mehr gibt, den Wehrdienst zu entgehen oder zu ersetzen, flüchteten Tausende Wehrpflichtige im Jahr 2014 und 2015 aus der Ukraine.



Perspektiven des Zivildienstes in Russland



Wie die Zukunft des Zivildienstes in Russland aussehen wird, kann unser Projekt selbst nach umfassenden Analysen und Hintergrundberichten schwer voraussagen. Jedoch sollte durch die Broschüre ein wenig klarer geworden sein, dass für die Etablierung und Popularität des Zivildienstes eine Vielzahl an Faktoren sowie ihr komplexes Zusammenspiel entscheidend sind. Man kann weder die gesetzliche und institutionelle Lage vom gesellschaftspolitischen Kontext trennen, noch lässt sich sicher sagen, welcher Faktor der wichtigste ist und bei Weiterentwicklung zwangsläufig positive Auswirkungen auf die anderen hätte. Die Einblicke der Experten und Zivildienstleistenden verdeutlichen, dass die Attraktivität des Zivildienstes nicht nur durch einen Abbau des Informationsdefizits, der gesetzlichen und bürokratischen Hürden gesteigert werden könnte, sondern gleichzeitig einer Dekonstruktion von negativen Stereotypen und tradierten Vorstellungen bedarf. Dazu gehören vor allem die Ansicht, der zivile und soziale Dienst an der Gesellschaft sei im Vergleich zum Wehrdienst weniger wichtig und würde nicht von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft geleistet werden, aber auch die Auffassung, der Militärdienst sei eine nützliche Etappe auf dem Weg zum Mannwerden, den die Zivildienstleistenden nicht beschreiten.

Besonders erkenntnisgewinnend für die Einschätzung der Lage des Zivildienstes war der Versuch, diese Normen und Diskurse zu verorten. Dabei stellte sich heraus, dass sie nicht in erster Linie im gesellschaftlichen und näheren Umfeld der Zivildienstleistenden zu finden, sondern vielmehr an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und dem Militär - speziell den Wehrkommissariaten - zu lokalisieren sind. Denn während Freunde und Familie der Überlegung bzw.

Entscheidung der jungen Männer für einen Alternativdienst weder sonderlich positiv, noch vorwiegend negativ gegenüberstanden, bezeugten die Interviews, dass für jene, die ihren Entscheidung zugunsten des Zivildienstes bereist getroffen haben, der größte und offenkundigste Widerstand in der Konfrontation mit der Einberufungskommission bestand. Die Willkür und das Festhalten der Militärbeamten an alten Ordnungssystemen, in denen die Wehrpflicht eine entscheidende Funktion im Sinne der Einbindung und Sozialisation der jungen Generation übernimmt, kann daher als ein besonderer Faktor festgemacht werden, der für die Entschlossenen und umso mehr für die Zweifelnden eine enorme Hürde darstellen kann. Die erzeugte Abschreckung und Unsicherheit im Umgang mit diesen Instanzen bewegt viele junge Einberufene dazu, letztendlich den Militärdienst zu wählen oder die Dienstpflicht gänzlich zu umgehen. Daraus lässt sich ableiten, dass die Situation des Zivildienstes verschiedenen und teilweise widersprüchlichen Tendenzen ausgesetzt ist. Auf der einen Seite ist der Einfluss des Militärs und die Institution des Wehrdienstes - vor allem aus der historischen Erfahrung begründet - nach wie vor prägend für die politische Kultur in Russland. Auf der anderen Seite kann ein Wertewandel konstatiert werden, der zunehmend die individualistischen Werte betont und Pflichtdiensten wie dem Wehr- und Zivildienst zuwider läuft.

Zieht man zum besseren Verständnis einen Vergleich mit der Entwicklung des deutschen Zivildienstes, der über Jahrzehnte mit ähnlichen Schwierigkeiten und einem negativen Image behaftet war, so könnte man die Vermutung anstellen, dass parallel zu dem voranschreitenden gesellschaftlichen Wertewandel, der in den Reihen der neuen Generation zu beobachten ist, die Abschaffung der „Gewissensprüfung“ und die Angleichung der Dauer von Wehr- und Zivildienst in Zukunft einen größeren Zulauf generieren könnte. Allerdings hinkt der Vergleich insofern, als dass für den russischen Zivildienst ein weiterer Aspekt von Bedeutung ist, der im deutschen Fall vernachlässigt werden konnte: die Tatsache, dass nach wie vor ein relativ hoher Anteil der Wehrdienstverweigerer auf informelle Praktiken ausweicht, anstatt den Zivildienst anzutreten. Damit kann die Etablierung des Zivildienstes in Russland nur eine Perspektive haben, wenn auch der Umgang mit den gesetzlichen Regelungen sowohl von Seiten der Dienstpflichtigen, als auch von Seiten der Profiteure sich wandelt. In diesem Sinne stehen die jungen Zivildienstleistenden, die in der vorliegenden Broschüre porträtiert wurden, auch für das Bewusstwerden der Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Rechte sowie ein neues Verständnis von Staatsbürgerschaft, das die Pflichterfüllung und den eigenen Rechtsanspruch zu vereinen weiß. Da diese Entwicklung maßgeblich das Ergebnis jahrelanger Arbeit der Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen ist, kann ihre Unterstützung und Aufklärungsarbeit für die junge Generation gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Schlussendlich sollte dieser Lichtblick aber nicht vom Umstand ablenken, dass die Zukunft des Zivildienstes eng mit dem Fortbestehen der Wehrpflicht verknüpft ist. Würde die Einberufungspraxis, wie im Rahmen der Militärreform anvisiert, ein Ende nehmen, so hätte auch der Zivildienst, der die Konturen eines Zwangsdienstes wohl nicht loswerden wird, ausgedient. Wie lange der Weg hin zu einer professionellen Armee indessen noch dauern wird und wie sich die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage Russlands auf diesen Prozess auswirken wird, steht auf einem anderen Blatt.

